



Presseschau vom 05.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Butscha-Massaker: Weiße Armbinden führen zum Täter – vielleicht auch zum Motiv**

Zum Butscha-Massaker gibt es weitere Hinweise, dass es eine Inszenierung des ukrainischen Militärs sei – und wie es dazu gekommen sein könnte. RT sprach mit dem Vize-Informationsminister der DVR Daniil Bessonow. Auch der frühere "Donbass-Volksgouverneur" Pawel Gubarew kommt zu Wort. ...

<https://kurz.rt.com/2whe> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Aufklärung gegen Propaganda ist schwierig – aber nötig**

Im Informationskrieg ist der Westen überlegen, so der Eindruck der letzten Jahre. Die Spirale aus propagandistischer Empörung und Sanktionen oder anderen Kriegshandlungen läuft wie ein gut geöltes Uhrwerk. Und dennoch ist es unverzichtbar, nüchtern dagegenzuhalten. ...

<https://kurz.rt.com/2whq> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:58 de.rt.com: **Kreml: Aufnahmen aus Butscha nicht vertrauenswürdig**

Russland weist alle Vorwürfe einer Beteiligung am Tod von Zivilisten in der ukrainischen Kleinstadt Butscha zurück. Laut Kremlsprecher Sprecher Dmitri Peskow solle man den veröffentlichten Fotos und Videos keinen Glauben schenken.

Den von ukrainischer Seite verbreiteten Fotos und Videos über die Massentötungen in der Kleinstadt Butscha solle man nicht vertrauen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag Journalisten. Experten des russischen Verteidigungsministeriums hätten bei diesen Aufnahmen Anzeichen von Fälschungen festgestellt. Er betonte:

"Wir weisen jegliche Anschuldigungen kategorisch zurück. Darüber hinaus finden wir, dass dieses Thema auf höchstmöglicher Ebene diskutiert werden sollte."

Aus diesem Grund habe Russland die Initiative ergriffen, das Thema im UN-Sicherheitsrat zu erörtern. Diese Initiative sei jedoch blockiert worden. "Unsere Diplomaten werden ihre aktiven Bemühungen fortsetzen, dieses Thema auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates zu setzen", resümierte Peskow.

Außerdem forderte er Politiker weltweit auf, keine pauschalen Anschuldigungen zu erheben, sondern Informationen aus verschiedenen Quellen anzufordern und zumindest die Argumente der russischen Seite anzuhören. Wie sich diese Entwicklung auf die Friedensverhandlungen auswirken könnte, wollte Peskow nicht kommentieren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ac9c5b480cc4600799f0d.jpg>

22:30 de.rt.com: **Taliban verbieten Opiumanbau**

Der islamistischen Miliz, die im letzten Jahr nach 20-jährigem Widerstand erneut die Macht in Afghanistan ergriff, wurde oft vorgeworfen, ihren Kampf mit dem Erlös aus dem Opiumhandel zu finanzieren.

Der oberste Taliban-Führer Mullah Hibatullah Achundsada hat den Anbau von Opium, das bei der Herstellung von Morphium und Heroin verwendet wird, in einem am Sonntag veröffentlichten Dekret verboten. Damit löste er sein Versprechen ein, das Rauschgift zu verbieten, das er nach der Machtübernahme im vergangenen Jahr gegeben hatte. Schätzungen zufolge entfielen im Jahr 2021 90 Prozent des weltweiten Opiumhandels auf Afghanistan. Der stellvertretende Sprecher der Taliban Inamullah Samangani twitterte am Sonntag über den Beschluss:

"Wenn jemand gegen das Dekret verstößt, wird die Ernte sofort vernichtet, und derjenige (...) wird gemäß der Scharia behandelt."

Darüber hinaus verbot die in Afghanistan regierende islamistische Gruppe auch den Konsum, den Transport, den Verkauf, die Ausfuhr und die Einfuhr aller Arten von Drogen und Alkohol. Die Taliban rechneten mit hartem Widerstand innerhalb der Gruppe gegen das Verbot und berichteten, dass die Zahl der Bauern, die Mohn anbauen, in den vergangenen Monaten gestiegen sei, wie die Nachrichtenagentur Reuters aus Kreisen der militanten Gruppe erfuhr. Am Sonntag sammelten afghanische Bauern in der südlichen Provinz Helmand, dem politischen Kernland der Taliban, ihre erste Opiumernte der Saison ein. Nach Angaben eines anonymen Landwirts in der Provinz, der mit Reuters sprach, stiegen die Mohnpreise angesichts von Gerüchten über ein Verbot um mehr als das Doppelte an.

Es wird erwartet, dass die Unterdrückung des Mohnanbaus die Bauern treffen wird. Im vergangenen August hatten die Taliban um "internationale Hilfe" gebeten, damit die afghanischen Bauern andere Nutzpflanzen anbauen können, um den in Afghanistan blühenden Mohnanbau zu ersetzen. Die Vereinten Nationen forderten daraufhin Maßnahmen zur Umsetzung der Zusagen.

Als die Taliban nach der Eroberung der Hauptstadt Kabul im vergangenen Jahr an die Macht zurückgekehrt waren, hatten sie angekündigt, dass ihre Regierung zu ihrer Null-Toleranz-Politik gegenüber Drogen zurückkehren werde. Die militante Gruppe hatte Afghanistan zwischen 1996 und 2001 regiert, bis sie im Zuge einer von den USA angeführten Invasion des Landes gestürzt wurde.

90 Prozent des weltweit produzierten Opiums und Heroins kamen im vergangenen Jahr aus Afghanistan. Die Produktion und der Export konzentrieren sich auf die von den Taliban kontrollierten Gebiete. Es wird angenommen, dass die militante Gruppe den Anbau von Opium während ihres 20-jährigen Aufstands besteuerte, um damit ihren Kampf zu

finanzieren.

Der stellvertretende Ministerpräsident der Taliban Abdul Salam Hanafi wehrte sich jedoch gegen die Behauptung, die Taliban hätten den Mohnanbau gefördert. Am Sonntag erklärte er: "Wie kommt es, dass die Droge in die ganze Welt exportiert wurde, als sie (die US-geführten Streitkräfte) die volle Kontrolle über Afghanistan hatten?"

UN-Beamte berichteten, dass die Taliban zwischen 2018 und 2019 Schätzungen zufolge mehr als 400 Millionen Dollar mit der Droge verdienen. Die mit Opium bepflanzte Fläche erreichte im Jahr 2017 ein Rekordhoch und lag in den letzten vier Jahren im Durchschnitt bei rund 250.000 Hektar, was etwa dem Vierfachen des Niveaus von Mitte der 1990er-Jahre entspricht, wie aus UN-Zahlen hervorgeht.

Die Vereinten Nationen erwarten, dass ein weiteres asiatisches Land seinen Mohnanbau ausweiten wird, nämlich Myanmar, das in den 1980er-Jahren der größte Heroinproduzent der Welt gewesen war, bevor das kostengünstigere Afghanistan die Führung übernahm.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624af11d48fbef77a56c47c5.jpg>

5:17 (4:17) ria.ru: **Krimdeutsche forderten Bundeskanzler Scholz auf, die Verfolgung der russischsprachigen Bevölkerung zu beenden**

Krimdeutsche forderten Bundeskanzler Scholz auf, die Verfolgung der russischsprachigen Bevölkerung zu beenden

Der Leiter der deutschen national-kulturellen Autonomie der Krim, Juri Gempel, forderte Bundeskanzler Olaf Scholz auf, die Verfolgung der russischsprachigen Bevölkerung zu stoppen und ein Abgleiten in Rassismus zu verhindern.

"Die Krimdeutschen sind besorgt über die Situation in Deutschland. Die russischsprachige Bevölkerung wird überall schikaniert und unter Druck gesetzt. Am auffälligsten ist, dass all dieses Chaos mit der stillschweigenden Zustimmung und in einigen Fällen mit der Ermutigung der lokalen Behörden geschieht. Wir glauben, dass Deutschland weiterhin ein demokratisches Land ist, dem Nationalismus fremd ist und das ihn hasst. Wir hoffen, dass der ukrainische Faschismus im modernen Deutschland nicht aufkeimen wird. Wir fordern den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz auf, die Verfolgung der russischsprachigen Bevölkerung einzustellen und zu verhindern, dass das Land in Rassismus verfällt", sagte Hempel gegenüber RIA Novosti.

Ihm zufolge sind russischsprachige Deutsche gesetzestreue Bürger Deutschlands und hätten eine so erniedrigende Haltung sich selbst gegenüber nicht verdient. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/01/0d/1767610550_0:320:3072:2048_1280x0_80_0_0_68442e0994b6ac854a6ff7ecf0834793.jpg

6:14 (5:14) ria.ru: **In China war man schockiert über den Übergang der Deutschen von Gas zu Brennholz**

Die Einwohner Deutschlands begannen vor dem Hintergrund eines raschen Anstiegs der Erdgaspreise in Europa, sich massiv mit Brennholz einzudecken. Das berichtet die chinesische Ausgabe von „Guantscha“ unter Berufung auf Daten des Nachrichtensenders CCTV.

So bereiten sich die Deutschen auf Sorge um den Erdgasmangel darauf vor, im kommenden Winter ihre Häuser zu heizen. Darüber hinaus übersteige derzeit die Nachfrage nach Kaminöfen das Angebot deutlich, heißt es in dem Artikel.

Zuvor hatte die Bundesregierung erklärt, die Erdgasspeicherquote sei auf 25 Prozent gesunken, und Unternehmen und Öffentlichkeit wurden aufgefordert, „so viel Gas wie möglich einzusparen“.

Dies löste eine aktive Reaktion von Lesern aus, die das Vorgehen Berlins kritisierten.

"Zuerst durften wir (die Chinesen. -Red.) keine Einweg-Holzstöcke verwenden, und jetzt verbrennen sie Bäume!" empörte sich einer der Kommentatoren.

„Nach Jahrzehnten harter Arbeit sind sie plötzlich in den Zustand zurückgekehrt, wie er nach dem Krieg war“, schrieb ein anderer.

"Nachdem die ‚Grünen‘ in die Regierung eingetreten waren (in Deutschland. - Red.), schlugen sie vor, Holz zu verbrennen. Magisch!", lautete ein ironischer Kommentar.

„Europa und die USA sind einfach ‚erstklassig‘. Wir stocken Lebensmittel auf. Sie stocken Feuerholz auf. Nur wissen sie es noch nicht: In Russland gibt es auch die meisten Wälder“, resümierte der fünfte Kommentator.

Am 24. Februar startete Russland eine militärische Spezialoperation in der Ukraine. Als Reaktion darauf kündigte der Westen neue antirussische Sanktionen an, die sich vor allem gegen den Bankensektor und die Lieferung von Hightech-Produkten richten. Der Ruf, die Abhängigkeit von russischen Energieressourcen zu verringern, wird in Europa immer lauter. Vor dem Hintergrund der Verschärfung westlicher Sanktionen im Zusammenhang mit der Militäroperation in der Ukraine verlangt Russland nun Zahlungen für Erdgaslieferungen von unfreundlichen Staaten in Rubel. Die Gazprombank wird dafür spezielle Währungs- und Rubelkonten für ausländische Käufer eröffnen. Sie können Geld auf das erste Konto in der Währung überweisen, die im Vertrag über die Lieferung von blauem Kraftstoff angegeben ist. Die Bank verkauft es an der Moskauer Börse, wonach die Abrechnung mit dem Lieferanten beginnt.

Die G7-Staaten teilen die Position Moskaus nicht und betrachten die Verpflichtung, Gas in

Rubel zu bezahlen, als einseitigen Vertragsbruch. Der Kreml bemerkte dazu: "Keine Zahlung - kein Gas."



https://cdn21.img.ria.ru/images/155009/50/1550095042_0:160:3072:1888_1280x0_80_0_0_725e2dcd3fafa17bcfc513dee385fad6.jpg

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Kreml: "Sanktionsspiele" schwächen US-Dollar und Euro**

Westliche Sanktionen gegen Russland haben zu einem deutlichen Prestigeverlust für den US-Dollar und den Euro geführt. Das verkündete Kremlsprecher Dmitri Peskow. Es sei ein Prozess im Gange, der das auf US-Dollar basierte Finanzsystem ablösen werde.

Das Prestige des US-Dollars und des Euro ist durch die gegen Russland verhängten Sanktionen "stark erschüttert" worden. Diese würden nun immer mehr Länder dazu veranlassen, bei der Abrechnung mit ausländischen Partnern auf nationale Währungen auszuweichen. Darauf wies Dmitri Peskow hin, der Pressesprecher des russischen Präsidenten. In einem Interview mit dem Fernsehsender Belarus-24 sagte er:

"In der Tat ist das Prestige des US-Dollars und des Euro vor dem Hintergrund dieser schurkenhaften Sanktionsspiele erschüttert worden."

Vor allem sei die Rolle des US-Dollars als Hauptreservewährung betroffen. Immer mehr Länder würden bei der gegenseitigen Verrechnung auf nationale Währungen zurückgreifen. Peskow betonte, dass sich dieser Prozess Anfangsstadium befinde und nicht mehr aufzuhalten sei.

Der Beamte fügte hinzu, dass das gesamte Bretton-Woods-System, "das es Amerika ermöglichte, jahrzehntelang an der Spitze der Wirtschaftspyramide der Welt zu stehen, jetzt zu erodieren beginnt".

Das Bretton-Woods-System schuf ein kollektives internationales Wechselkurssystem, das eine Bindung der Währungen an den US-Dollar vorsah, der wiederum an den Goldpreis gekoppelt war. Dadurch wurde der US-Dollar effektiv zur wichtigsten Reservewährung der Welt. Nun aber, so Peskow, werde dieses System "vollständig weggespült", da die Länder "ihre Beziehungen auf nationale Währungen verlagern" und diese Praxis sich ausweiten werden. Laut dem Pressesprecher werde die Welt von dieser Umstellung profitieren. Er stellte fest: "Es gibt hier viele Möglichkeiten, und all dies ist ein Prototyp des zukünftigen Wirtschaftssystems, dessen Entstehung wir gerade erleben."

Es gab zwar schon früher Abrechnungen in nationalen Währungen, aber sie waren nicht weit verbreitet. Im vergangenen Monat verhängten jedoch eine Reihe westlicher Staaten, darunter die meisten EU-Länder und die USA, Sanktionen gegen Russland als Vergeltung für den im Februar begonnenen Militäreinsatz in der Ukraine.

Im Rahmen der Sanktionen wurde ein Großteil der russischen Auslandsguthaben eingefroren und das Land wurde vom SWIFT-Nachrichtenübermittlungssystem abgeschnitten. Dies gefährdete Russlands Fähigkeit, Zahlungen an ausländische Partner in Euro und US-Dollar zu leisten. Als Reaktion darauf kündigte Moskau vergangene Woche an, dass es die Zahlungsmechanismen für Exporte in "unfreundliche" Staaten, die Russland mit Sanktionen belegt haben, ändern werde. Erdgas sei als Erstes von der Umstellung betroffen. Die Käufer müssen nun Rubelkonten bei russischen Banken einrichten, um Zahlungen an russische Gaslieferanten in der Landeswährung leisten zu können. Darüber hinaus hat Russland mit einer Reihe ausländischer Partner, darunter Indien und die Türkei, Gespräche über die Einrichtung von Zahlungsmechanismen in den jeweiligen Landeswährungen geführt, um den US-Dollar und den Euro zu umgehen, deren Zuverlässigkeit nun gefährdet ist. Peskow sagte, diese Schritte seien nur der Anfang eines umfassenderen Wandels. Zwar wechsele Russland vorerst nur das Zahlungsverfahren für seine Erdgasexporte und nur mit Ländern, die als "unfreundlich" gelten, doch schaffe der Schritt selbst einen Präzedenzfall, der in anderen Sektoren und mit anderen Partnern Nachahmung finden könne.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624abc0548fbef7917586b4d.jpg>

7:00 de.rt.com: **Russischer UN-Botschafter: Kein Zweifel, dass Provokation in Butscha Inszenierung ist**

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat erklärt, es bestehe kein Zweifel daran, dass die Provokation in Butscha eine Inszenierung sei. Der Diplomat verwies darauf, dass es noch einige Tage nach dem Abzug der Truppen aus der Stadt keine Berichte über Brutalitäten russischer Soldaten gegeben habe.

Russland wolle im UN-Sicherheitsrat die Beweise dafür darlegen, dass die Äußerungen der westlichen Staaten über Butscha eine Lüge seien, sagte Nebensja. In diesem Zusammenhang zeigte er sich darüber entsetzt, dass Großbritannien Moskaus Forderung nach einer Dringlichkeitssitzung zum Butscha-Massaker am Montag blockiert hatte.

London sei der Ansicht, dass die Situation keine dringende Untersuchung im UN-Sicherheitsrat brauche, erklärte der russische Diplomat diesbezüglich. Das Verhalten Londons sei präzedenzlos und unvorstellbar.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624b5c2348fbef77a56c47fa.jpg>

7:25 de.rt.com: **Botschafter: Ungarisches Unternehmen MVM und Gazprom erörtern Gaszahlungen in Rubel**

Das ungarische Energieunternehmen MVM erörtert mit dem russischen Konzern Gazprom die Frage einer möglichen Umstellung der Zahlungen für Gaslieferungen in Rubel. Das teilte der russische Botschafter in Budapest Ewgeni Stanislawow in einem Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit.

Gleichzeitig wies der Botschafter darauf hin, dass ihm bisher keine offizielle Stellungnahme der ungarischen Führung zu diesem Thema bekannt sei.

8:37 (7:37) rusvesna.su: **Selenskij droht mit außergerichtlicher Tötung russischer Journalisten und Militärs**

Wie Sie wissen, setzt (oder stellt) sich Wladimir Selenskij, nicht weniger als ein Nachrichtensprecher, jeden Abend vor die Kamera und nimmt ein weiteres spirituell erhebendes Stand-up auf, in dem er den Ukrainern den Sieg versichert, wenn nicht in der Gegenwart, dann in der Zukunft.

Gestern Abend äußerte er in einem solchen [Videoblog](#) offene Drohungen gegen die militärpolitische Führung und führende Journalisten Russlands:

„Alle Skabeews und Abendtrottel, Lügner an vorderster Front und ihre Anführer sollten sich daran erinnern – Ihr Finale wird hinter Gittern sein. Bestenfalls“, lautet ein Zitat aus seiner nächtlichen Ansprache.

...

Diese Worte von Selenskij sind vor dem Hintergrund der neuesten Aufnahmen des ungeheuerlichen Massakers an russischen Kriegsgefangenen zu hören.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/mUFwu9y7NnGuLrczD6Uyu3Qp6wHlq2HqwGuss4YQtfeNwJEqP1HNJTlh_eb6-rCyTgssh2towFIJWLMuTMK-PZA1uUYmMwy7TjcJv1x2W14sZviNhISZqhlPI1a1rWNF2I6gaDpZlqy_5iMPHpVDc2YZSjI0IR1KdDutDVKvfJvaM30yD2k_9EvNFO7L0QEoDO8hCUbkBwaOsC8LIpSnB38yf2hSqTfrnIukNdAWrRVTybDAP20xtvetweQiNaqQgGX3bbPpCSHtVbcrO94Z_fdhKUEax9NB2XExw9pswRs9ErFWFZRPsnLcR2SdsPbFHM6kQtWgo8_6O6LcwlbnNg

7:50 de.rt.com: **Russischer Botschafter nennt Zweck der Provokation von Butscha**

Russlands Botschafter in den USA Anatoli Antonow bezeichnete die Provokation in Butscha als Gipfel der Lügen und des Zynismus. Er wies darauf hin, dass Washington "die Haltung eines Staatsanwalts" eingenommen und mit Schuldzuweisungen begonnen habe. In einer Antwort auf eine Medienanfrage, die von der Botschaft auf Telegram veröffentlicht wurde, [erklärte](#) er:

"Die Provokation in Butscha ist der Gipfel der Lügen und des Zynismus. Da Washington keine Beweise hat, hat es sofort die Haltung eines Staatsanwalts eingenommen und begonnen, Verantwortliche zu nennen."

Antonow bezeichnete die Aussagen der US-Behörden über Kriegsverbrechen, die angeblich von russischen Soldaten in der Ukraine begangen wurden, als "unbegründete Anschuldigungen" und als Teil einer koordinierten Anstrengung des Westens, die russischen Streitkräfte zu dämonisieren.

Der Diplomat stellte fest, dass in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall sei: Humanitäre Hilfe werde in die vom russischen Militär kontrollierten ukrainischen Regionen geliefert. Er fügte hinzu:

"Hunderte von Tonnen an Nahrungsmitteln, Medikamenten und lebenswichtigen Gütern wurden geschickt, um den Bedarf der Zivilbevölkerung zu decken. Die russische Seite garantiert die Sicherheit der humanitären Korridore für die Evakuierung von Ukrainern und ausländischen Staatsangehörigen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624bcc3948fbef74fe63a370.jpg>

7:54 de.rt.com: **Kuba sucht im Energiebereich Kooperation mit Deutschland**

Der sozialistische Inselstaat hatte in der Vergangenheit aufgrund einer starken Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe wiederholt mit Energiekrisen zu kämpfen. Der Ausbau erneuerbarer Energien soll nun Abhilfe schaffen.

Kubas Energieminister Nicolás Liván Arronte hat sich bei einem Aufenthalt in Deutschland darum bemüht, die Kooperation zwischen den beiden Ländern sowie mit internationalen Organisationen im Bereich der erneuerbaren Energien zu verstärken. Liván Arronte befand sich in Berlin anlässlich des Berliner Dialogs zur Energiewende 2022. Die deutsche Ausgabe der kubanischen Zeitung Granma schrieb, dass es ein "freundschaftliches Treffen" mit Francesco La Camera, dem Generaldirektor der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA), gegeben habe. Die Organisation werde die kubanische Regierung bei der Errichtung eines Photovoltaikparks mit einer Kapazität von 15 Megawatt mit finanziellen Mitteln unterstützen. Zudem versprach die Agentur, den sozialistischen Inselstaat auch zukünftig bei der Veränderung seiner Energiematrix zu unterstützen.

Zudem gab es ein Treffen mit Ajay Mathur, dem Generaldirektor der Internationalen Solar Alliance. Der kubanische Energieminister besprach mit ihm Projekte zur Schaffung erneuerbarer Energien in Kuba. Zudem besprach Arronte mit Simone Peter, der Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbarer Energien, die Möglichkeiten deutscher Firmen, solche Projekte zu fördern.

Gegenüber den deutschen und internationalen Partnern berichtete Arronte über die Erfahrungen der kubanischen Regierung mit dem einheimischen Programm zur Förderung erneuerbarer Energiequellen. Diese Strategie bezwecke eine "ganzheitliche und nachhaltige Energieentwicklung als vorrangige Lösung für die wachsende weltweite Energienachfrage, die Instabilität der Erdölpreise und anderer fossiler Brennstoffe sowie die Senkung der Kosten für erneuerbare Energiequellen, insbesondere Photovoltaik und Windenergie sowie die künftige Entwicklung des Verkehrs von Elektrofahrzeugen", wie Granma unter Berufung auf die Fachwebseite Cuba energia schreibt.

Der kubanische Energieminister traf sich zudem mit dem Linken-Politiker und Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages Klaus Ernst, wie das Portal amerika21 schreibt. Auch gab es ein Treffen mit Vertretern von Siemens Energy, bei dem ebenfalls Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kuba und dem deutschen Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien besprochen wurden. Arronte zufolge seien die Unternehmen bereit, mit der kubanischen Regierung erneut Verhandlungen aufzunehmen. Auf der jüngsten Sitzung des kubanischen Ministerrates wurde beschlossen, dass die

sozialistische Inselrepublik den Aufbau nachhaltiger Energiequellen vorantreiben wird, um die Herausforderungen der Energieversorgung zu bewältigen. Bis 2030 sollen 37 Prozent von Kubas Energie aus erneuerbaren Quellen stammen, so zumindest lautet der Plan Havannas. Dazu erklärte der Energieminister:

"Eines der wichtigsten Themen, das bei der Analyse der Wege zur Erreichung einer globalen Energiewende berücksichtigt werden muss, sind die Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Energieerzeugungsbasis, die Energieinfrastruktur, den Energiezugang und die finanziellen Vorteile. Ein nachhaltiges Energiesystem erfordert die Unterstützung des öffentlichen Sektors, aber auch ein starkes finanzielles Unterstützungssystem für Länder wie Kuba, das sich der Energiewende verschrieben hat, aber mehr finanzielle Möglichkeiten und internationale Zusammenarbeit benötigt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ac84fb480cc4600799f02.jpg>

8:45 de.rt.com: **Moskau: Berichte über möglichen Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine sind unbegründet**

Westliche Andeutungen über einen möglichen Einsatz von Atomwaffen durch Russland während des Einsatzes in der Ukraine entbehren jeder rationalen Grundlage. Darauf wies der erste stellvertretende ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen Dmitri Poljanski in einer Sitzung der UN-Abrüstungskommission hin. Er erklärte:

"Wir stellen mit Bedauern fest, dass aus dem Munde unverantwortlicher westlicher Politiker und Experten provokante Andeutungen über einen angeblich möglichen Einsatz von Atomwaffen durch Russland während einer speziellen Militäroperation in der Ukraine zu hören sind."

"Diese Unterstellungen entbehren jeder rationalen Grundlage und zielen darauf ab, antirussische Hysterie zu verbreiten. Sie richten sich an ein Publikum, das mit den Grundlagen der russischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die rein defensiv ist, nicht vertraut ist."

"Im Gegensatz zu den heute geäußerten Behauptungen kann Russland seine nuklearen Fähigkeiten nur als Reaktion auf den Einsatz nuklearer und anderer Arten von Massenvernichtungswaffen gegen das Land und/oder seine Verbündeten oder im Falle einer Aggression gegen unser Land mit konventionellen Waffen einsetzen, wenn die Existenz des Staates selbst bedroht ist."

"Diese Kriterien können in keiner Weise auf das Szenario angewendet werden, das sich derzeit in der Ukraine abspielt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624bcea6b480cc118475ea96.jpg>

8:49 de.rt.com: **US-Militärpräsenz in Rheinland-Pfalz: Innenminister Lewentz zu Besuch im Weißen Haus**

Im sonst so beschaulichen Rheinland-Pfalz gibt es eine massive Militärpräsenz. Grund hierfür sind die vielen US-Militärstützpunkte. In diese soll jetzt investiert werden. Der rheinland-pfälzische Innenminister ist in den USA, um letzte Details zu klären.

Seit Samstag ist der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) zu Gesprächen in den USA. Nach Angaben seines Ministeriums wird der Minister während seiner einwöchigen Reise mit hochrangigen Vertretern der US-Regierung und des Kongresses zusammenkommen. Bei den Treffen sollen hauptsächlich Themen rund um die US-Militärstützpunkte in Rheinland-Pfalz erörtert werden, heißt es aus Mainz. Bei der Reise würde es sich um einen Routinebesuch handeln, der jedoch auch unter dem Zeichen des Ukraine-Krieges stehen soll.

Vor dem Hintergrund der vielen US-Militärliegenschaften in Rheinland-Pfalz betonte Lewentz vor seiner Abreise die Bedeutung des regelmäßigen Austauschs seines Bundeslandes mit den USA:

"Gerade in Zeiten, in denen sich Europa neuen und lange überwunden geglaubten Bedrohungen ausgesetzt sieht, ist der regelmäßig gepflegte Austausch von enormem Wert. Die Auswirkungen der aktuellen sicherheitspolitischen Lage auf die US-Standorte in Rheinland-Pfalz werden im Mittelpunkt der Gespräche stehen."

Zur Delegation des Ministers zählt auch Oberst Stefan Weber, der Kommandeur des Landeskommandos Rheinland-Pfalz der Bundeswehr. Laut Ministerium wird es bei den Gesprächen auch um die erst kürzlich von der US-Regierung bekannt gegebenen Planungen für das Haushaltsjahr 2023 gehen. Über 500 Millionen US-Dollar sollen den US-Plänen zufolge in die US-Militärstandorte in Rheinland-Pfalz investiert werden, wovon allein 200 Millionen US-Dollar für den Stützpunkt in Baumholder vermerkt seien. Auch die Standorte Spangdahlem, Ramstein Büchel und Mainz könnten profitieren. Dorthin hatte die US-Luftwaffe im Zuge des Ukraine-Konflikts in den vergangenen Monaten bereits zusätzliche Flugzeuge und Truppen verlegt.

Neben Gesprächen im Pentagon werde Lewentz nach Angaben des rheinland-pfälzischen Innenministeriums auch zu Terminen im US-Außenministerium und dem Weißen Haus erwartet. Eigenen Angaben zufolge wird der Innenminister außerdem mit Abgeordneten der US-Verteidigungsausschüsse im Kongress zusammentreffen.

Erst vergangene Woche hatte die neue US-Botschafterin in Deutschland, Amy Gutmann, bei

einem Pressetermin die Bedeutung der NATO-Präsenz in Deutschland betont. Sie sei dankbar, dass Deutschland eine Führungsrolle in der Europäischen Union und in der NATO übernehme, weil Deutschland nun 100 Milliarden Euro in die Modernisierung des Militärs investiere, erklärte Gutmann:

"Mir ist die Skepsis wohl bewusst. Aber die NATO ist ein rein defensives Bündnis. Stellen sie sich vor, es gäbe die NATO nicht. Wir hätten sie gar nicht so schnell gründen können und Putin würde sich mit einem Sieg gegen die Ukraine nicht begnügen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624bcdaa48fbef775e40f067.jpg>

9:10 e.rt.com: **Mehr als 615.000 Menschen aus dem Donbass und der Ukraine in Russland angekommen**

Die Zahl der Bürger, die aus dem Gebiet der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Ukraine nach Russland gekommen sind, ist auf 615.000 Menschen gestiegen, was einer Zunahme von 17.700 pro Tag entspricht. Das teilten russische Sicherheitsdienste am Dienstag gegenüber TASS mit. In einer entsprechenden Erklärung hieß es:

"Im Laufe des Tages überquerten 17.700 Menschen aus der DVR, der LVR und der Ukraine die Grenze zur Russischen Föderation. Insgesamt sind bereits mehr als 615.500 Menschen in Russland angekommen, darunter mehr als 121.000 Kinder."

Die Mehrheit der Flüchtlinge, über 350.000 Menschen, seien Bürger der DVR und LVR, über 178.000 russische und 87.000 ukrainische Staatsbürger oder Bürger anderer Staaten. Der Hauptstrom von Menschen, die nach Russland kommen, kommt über die Grenze in der Region Rostow vonseiten des Donbass an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624be84b48fbef7c632fdea4.jpg>

9:25 de.rt.com: **CNN: USA testeten im März heimlich Hyperschallraketen**

Der Fernsehsender CNN berichtet unter Berufung auf eine Quelle im US-Militär, dass die USA Mitte März heimlich einen erfolgreichen Test einer Hyperschallrakete durchgeführt hätten. Um "eine Verschärfung der Spannungen mit Russland zu vermeiden" sei hierüber aber nicht berichtet worden. Der Raketentest soll durchgeführt worden sein, während sich US-Präsident Joe Biden auf eine Europareise vorbereitete.

Der Sender verkündete unter Berufung auf eine sachkundige Militärquelle:

"Die USA haben Mitte März erfolgreich eine Hyperschallrakete getestet, aber zwei Wochen lang geschwiegen, um eine Eskalation der Spannungen mit Russland zu vermeiden, als Präsident Joe Biden im Begriff war, nach Europa zu reisen."

Nach Angaben von CNN haben die USA den Einsatz die Hypersonic Air-breathing Weapon Concept (HAWC)-Raketenversion von Lockheed Martin durchgeführt. Der Start soll von einem B-52-Bomber aus erfolgt sein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624bd52db480cc6fdc4abe74.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 5.4.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 152mm- und 122mm-Rohrartillerie abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **27 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 9 Wohnhäuser, 9 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 78 ukrainische Nationalisten, 3 Schützenpanzer, einen Panzer und ein Panzerfahrzeug vernichtet. Ein Artilleriegeschütz 2S3 „Akazija“ und ein Abwehrgeschütz SU-23-2 wurden erbeutet.

26 Soldaten der 56. und 25. Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und rufe dazu auf, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und Blutvergießen zu vermeiden. Wenn Sie freiwillig die Waffen

niederlegen, retten Sie Ihr Leben.

9:45 de.rt.com: **UN-Generalsekretär erörtert humanitäre Lage in der Ukraine mit ukrainischem Außenminister**

UN-Generalsekretär António Guterres hat mit dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba über die humanitäre Lage in der Ukraine gesprochen. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die am Montag vom Pressedienst des Generalsekretärs veröffentlicht wurde. Bei einem Telefongespräch seien Sicherheitsfragen und die Menschenrechtslage in der Ukraine angesprochen worden. In der Erklärung heißt es:

"Der Generalsekretär hat den Außenminister über den Zweck des Besuchs des UN-Nothilfekoordinators (UN-Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten) Martin Griffiths in Moskau und Kiew informiert."

Weiter betonte der Pressedienst des UN-Generalsekretärs, dass dieser sein Engagement für einen Waffenstillstand zu humanitären Zwecken und für die Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung bekräftigt habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624bd66148fbef74fe63a37d.jpg>

10:45 (9:45) novorosinform.org: **Medwedew: Die ins Dritte Reich verwandelte Ukraine wird dasselbe Schicksal erleiden**

Der Politiker verurteilte scharf die Radikalisierung der ukrainischen Gesellschaft, die bereits in der Schule beginne.

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates Russlands, Dmitri Medwedew, äußerte die Meinung, dass die Nazi-Ukraine, die die Macht in Kiew verkörpert, wegen ihrer antirussischen Ausrichtung das Schicksal Nazi-Deutschlands erleiden werde, berichtet RIA Novosti.

Medwedew zog Parallelen, als er die heutige Ukraine das Dritte Reich nannte. Er erinnerte daran, dass der deutsche Militarismus Mitte des letzten Jahrhunderts auf den Schulbänken gepflegt wurde, was zur Entstehung einer Faschismus-Brutstätte in Westeuropa führte. Die gegenwärtigen ukrainischen Behörden agierten in ähnlicher Weise und vermittelten Nazi-Ideen von einem frühen Alter an.

„Sie sollten sich nicht wundern, dass die Ukraine, gedanklich ins Dritte Reich verwandelt, nachdem sie die Namen von JNazi-Schergen in die Geschichtsbücher geschrieben hat, ihr eigenes Schicksal erleiden wird. Da gehört sie hin, eine solche ‚Ukraine‘!“ - sagte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates der Russischen Föderation.

Medwedew betonte, es handele sich um einzelne „Freaks“, die sich berechtigt fühlten, eine

solche Ukraine zu vertreten. Das nationalistische Element habe in den letzten 30 Jahren buchstäblich für seine Vorgänger aus Nazideutschland gebetet. Dies werde durch Fotos, Bücher und andere Symbole belegt, die sich an den Einsatzorten ukrainischer Truppen befinden, die von den Streitkräften der LDVR und Russlands befreit werden. Deshalb habe Russland die Weichen für die Entnazifizierung der Ukraine fest gestellt, die auch abgeschlossen werde, so der Politiker abschließend.



https://novorosinform.org/content/images/23/92/42392_720x405.jpg

11:28 (10:28) rusvesna.su: **Butscha-2 wird vorbereitet: Russisches Verteidigungsministerium warnt**

Während des morgendlichen Briefings für die Presse berichtete das russische Verteidigungsministerium über die Ereignisse des vergangenen Tages in der Sondereinsatzzone in der Ukraine und im Donbass.

Am 4. April zerstörte eine hochpräzise Langstreckenwaffe in der Nähe der Stadt Otschakow das Ausbildungszentrum der ukrainischen Spezialeinheiten, das unter anderem zur Unterbringung ausländischer Söldner diente.

Bereit für ein weiteres Blutbad

Nach bestätigten Informationen führten Soldaten des 72. ukrainischen Hauptzentrums für psychologische Operationen am Abend des 4. April im Dorf Moschtschun, 23 km nordwestlich von Kiew, eine weitere inszenierte Filmaufnahme von Zivilisten durch, die angeblich durch die gewalttätigen Aktionen der Russen getötet wurden, zur anschließenden Verbreitung über die westlichen Medien.

Ähnliche Veranstaltungen werden jetzt von den ukrainischen Sonderdiensten in Sumy, Konotop und anderen Städten organisiert.

Hochpräzise luftgestützte Raketen zerstörten 4 Treibstofflager für die Versorgung ukrainischer Truppen in den Siedlungsgebieten: Kremenez, Tscherkassy, Saporoshje und Nowomoskowsk. In der Nacht traf die operativ-taktische Luftwaffe der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte und der Raketentruppen 134 Militäreinrichtungen der Ukraine. Unter ihnen:

- acht Kommandoposten und Kommunikationszentren,
- ein Radar zur Beleuchtung und Führung des Luftverteidigungssystems S-300,
- eine Startrampe des Totschka-U-Raketensystems,
- sechs Munitionsdepots,
- zwei Tanklager,
- 85 Befestigungen und Konzentrationsgebiete der ukrainischen Militärausrüstung.

Insgesamt wurden seit Beginn des militärischen Spezialeinsatzes zerstört:

- 125 Flugzeuge;
- 91 Hubschrauber;

- 398 unbemannte Luftfahrzeuge;
- 226 Flugabwehr-Raketensysteme;
- 1969 Panzer und andere gepanzerte Kampffahrzeuge;
- 214 Installationen von Mehrfachstartraketen systemen;
- 852 Feldartilleriegeschütze und Mörser;
- 1873 Einheiten von speziellen Militärfahrzeugen.

10:30 de.rt.com: **Berlin schmeißt 40 russische Diplomaten raus – Moskau will "symmetrisch" antworten**

Die Eskalation im Verhältnis zwischen Deutschland und Russland geht in die nächste Runde: Die Bundesregierung weist eine große Anzahl von Mitarbeitern der russischen Botschaft aus. Auch Frankreich hatte am Montag beschlossen, zahlreiche russische Diplomaten auszuweisen.

Die Bundesregierung hat 40 russische Diplomaten in Deutschland zu "unerwünschten Personen" erklärt. Man habe am Montag entschieden, "eine erhebliche Zahl von Angehörigen der russischen Botschaft zu unerwünschten Personen zu erklären, die hier in Deutschland jeden Tag gegen unsere Freiheit, gegen den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gearbeitet haben." Das teilte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) in Berlin mit. Werden Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt, kommt dies einer Ausweisung gleich. Die Arbeit der betroffenen russischen Diplomaten sei "eine Bedrohung für diejenigen, die bei uns Schutz suchen", erklärte Baerbock zur Begründung der Ausweisung. Und weiter: "Dies werden wir nicht weiter dulden. Das haben wir dem Botschafter Russlands heute Nachmittag mitgeteilt."

Der russische Botschafter Sergei Netschajew war von Staatssekretär Andreas Michaelis ins Auswärtige Amt einbestellt und über die Ausweisung informiert worden. Die betroffenen Personen haben nun fünf Tage Zeit, um Deutschland zu verlassen. Den Diplomaten wird vorgeworfen, Teil der russischen Nachrichtendienste zu sein.

"Wir haben 40 Personen ausgewählt, die wir den russischen Nachrichtendiensten zurechnen", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Montagabend gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Und sie fügte hinzu:

"Wir haben entschieden, dass diese 40 Personen nun schnellstens unser Land verlassen müssen."

Dies sei "ein weiterer konsequenter Schritt gegen die russische Führung, die einen entsetzlich brutalen Krieg gegen die ukrainische Zivilbevölkerung führt."

Russland kündigt Reaktion an

Die deutschen Sicherheitsbehörden hätten genau im Blick, welche nachrichtendienstlichen Mittel die russische Regierung nutze, sagte Faeser. Es gehe darum, Deutschland gegen "russische Spionage, Einflussnahmeversuche, Lügen und Kriegspropaganda zu schützen."

Man werde nicht zulassen, "dass dieser verbrecherische Angriffskrieg auch als Informationskrieg in Deutschland ausgetragen wird", so die SPD-Politikerin weiter.

Russland kündigte nach der Entscheidung in Berlin eine Reaktion an. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, sagte der Agentur Interfax am Montagabend:

"Wir werden auch auf diesen böswilligen Akt der deutschen politischen Maschine antworten." In der Regel reagiert Russland in solchen Fällen mit der Ausweisung einer ähnlich hohen Zahl an Diplomaten.

Die Bundesregierung hatte zuletzt mehrfach russische Diplomaten als Sanktion ausgewiesen. Im Dezember hatte Berlin, als Konsequenz aus einem Berliner Mordurteil gegen einen Russen, zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft zu "unerwünschten Personen" erklärt. Belgien hatte vergangene Woche wegen des Vorwurfs der Spionage 21 russische Diplomaten ausgewiesen. Auch die niederländische Außenministerin teilte mit, dass 17 russische

Diplomaten wegen des Vorwurfs der Spionage aufgefordert würden, das Land zu verlassen. Tschechien hatte gleichfalls einen russischen Diplomaten zur Persona non grata erklärt. Auch Frankreich hat am Montag beschlossen, russische Diplomaten auszuweisen. Man habe entschieden, zahlreiche russische Mitarbeiter mit Diplomaten-Status des Landes zu verweisen, deren Aktivitäten den Sicherheitsinteressen Frankreichs zuwiderlaufen. Das teilte das Außenministerium mit. Die Verantwortung Frankreichs bestehe stets darin, die Sicherheit der Franzosen und Europäer zu gewährleisten, hieß es. Laut Informationen der französischen Nachrichtenagentur AFP sollen von dieser Maßnahme 35 Personen betroffen sein. Darüber hinaus stufen Litauen und Lettland heute ihre diplomatischen Beziehungen zu Russland herab und beriefen ihre Botschafter aus Moskau ab. Die russischen Gesandten müssen ihrerseits nun Riga und Vilnius verlassen.

Der frühere russische Präsident, Dmitri Medwedew, kündigt eine harte Reaktion auf die Ausweisung russischer Diplomaten aus westlichen Ländern an. "Das wird symmetrisch und destruktiv für die bilateralen Beziehungen sein", schrieb der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates am Montagabend auf seinem Telegram-Kanal. Die Ausweisung von Diplomaten als Druckmittel sei eine Gepflogenheit, die "sinnlos" sei und "ins Leere" laufe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624bf2e248fbef7917586bdf.jpg>

10:35 de.rt.com: **NATO: "Battlegroups" an NATO-Ostflanke einsatzbereit**

Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine hat die NATO ihre Präsenz an der Ostflanke verstärkt. Wie eine Sprecherin des Militärbündnisses am Dienstagmorgen mitteilte, haben die vier neuen multinationalen Gefechtsverbände in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Slowakei die erste Stufe der Einsatzbereitschaft erreicht. Offiziell war der Aufbau der sogenannten "Battlegroups" erst vor wenigen Wochen angekündigt worden.

Über die genaue Zusammenstellung der Gefechtsverbände ist indes wenig bekannt. Allerdings waren nach einer Aufstellung vom 21. März bereits damals 2.100 Soldaten aus Ländern wie Deutschland, den Niederlanden, Tschechien und den USA in der Slowakei präsent. In Ungarn waren es 800 Soldaten aus Kroatien, in Bulgarien 900 aus den USA und in Rumänien 3.300 aus Ländern wie Frankreich, Belgien, Italien und den USA.

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges sollen die neuen Battlegroups die "Abschreckung und die Verteidigungsfähigkeiten" gegen Russland weiter erhöhen. Der Schritt dürfte die Spannungen mit Russland jedoch weiter verstärken. Bezüglich der Stationierung weiterer NATO-Truppen in Osteuropa hatte Moskau in der Vergangenheit bereits mehrfach erklärt, dass die langfristige Stationierung solcher Brigaden nicht mit der NATO-Russland-Grundakte vereinbar sei, die der NATO eine dauerhafte Stationierung "substanzieller Kampftruppen" im östlichen Bündnisgebiet untersagt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624be99648fbef7917586bdc.jpg>

11:35 (10:35) novorosinform.org: **Die russische Marine zerstörte ein Ausbildungslager für Söldner in der Ukraine**

Der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, sagte, ein russisches Kriegsschiff habe mit einem Angriff vom Meer aus eine spezielle Ausbildungsbasis für ausländische Söldner in der Nähe von Otschakow zerstört. Laut Konaschenkow sei das Ausbildungszentrum der ukrainischen Spezialeinheiten am Abend des 4. April zerstört worden, teilt TASS mit.

„Eine seegestützte Hochpräzisions-Langstreckenwaffe in der Nähe der Stadt Otschakow zerstörte das Ausbildungszentrum für ukrainische Spezialeinheiten“, sagte Konaschenkow. Er stellte fest, dass dieses Zentrum von der Ukraine auch genutzt wurde, um dort ausländische Söldner unterzubringen.



https://novorosinform.org/content/images/23/98/42398_720x405.jpg

10:50 de.rt.com: **Washington droht Ländern mit Konsequenzen, falls sie Sanktionen umgehen und Russland unterstützen**

US-Behörden sind der Ansicht, dass jene Länder mit Konsequenzen rechnen müssen, die die antirussischen Sanktionen umgehen oder Russland bei der Durchführung des Militäreinsatzes in der Ukraine unterstützen. Dies verkündete der Pressesprecher US-Außenministeriums Ned Price bei einer Pressekonferenz. Er erklärte:

"Ohne auf ein bestimmtes Land einzugehen, haben wir deutlich gemacht, dass Staaten, die versuchen, die von den USA und unseren Verbündeten und Partnern in der ganzen Welt

verhängten Sanktionen zu umgehen oder die militärischen Aktionen des Kremls anderweitig zu unterstützen, indem sie Russland finanziell unterstützen oder Waffen liefern, mit Konsequenzen rechnen müssen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624bdbbc48fbef77d04e1cb2.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 05.04.2022

Bei den Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

20 Mann;
2 Schützenpanzerwagen;
3 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 41 Geschosse mit mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **auf Perwomajsk, Kirowsk, Donezkij, Kalinowo und Beresowskoje abgefeuert.**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner den Beschuss von **Donezkij** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ fortgesetzt.

Folgende Folgen der Feuerangriffe wurden erfasst:

- In Perwomajsk wurde **eine Einwohnerin verletzt**, außerdem wurde ein Wohnhaus zerstört, 8 Häuser und 3 Wirtschaftsgebäude wurden beschädigt.
- In Kirowsk wurden 2 Wohnhäuser beschädigt.
- In Donezkij wurde ein Haus beschädigt.
- In Beresowskoje wurde ein Stromleitung sowie das Umspannwerk „Michajlowka-Petrodoneukaja Nr. 1“ beschädigt. 1202 Verbraucher in Golubowskoje und Donezkij haben keinen Strom.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus geschossen wurde, operativ entdeckt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR hat gemeinsam mit der Freiwilligenorganisation „Nahrung des Lebens Donbass“ warme Mahlzeiten und humanitäre Hilfe für Einwohner von Krymskoje und Trechisbjonka bereitgestellt.

10:56 de.rt.com: **Biden fordert Kriegsverbrecherprozess gegen Putin**

Washington fordert einen Kriegsverbrecherprozess gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Es sollten jedoch erst Informationen gesammelt werden, damit alle Details bekannt würden, erklärte US-Präsident Joe Biden am Montag.

US-Präsident Joe Biden schloss sich dem weltweiten Aufschrei über das angebliche Massaker an Zivilisten in Butscha an und forderte bei einer Pressekonferenz am Montag einen Kriegsverbrecherprozess gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Er sprach von der Notwendigkeit, "Informationen zu sammeln und alle Details zu erfahren", bevor ein tatsächlicher Kriegsverbrecherprozess stattfinden könne.

Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem die USA versuchen, Russlands Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat auszusetzen. Wie Linda Thomas-Greenfield, die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, am Montag ankündigte, geschieht dies "als Reaktion auf die Anschuldigungen, dass russische Streitkräfte in Butscha und anderswo in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen haben". Thomas-Greenfield forderte die 140 Nationen, die im vergangenen Monat für die Verurteilung der russischen Militäroperation in der Ukraine gestimmt hatten, auf, den "Worten Taten folgen zu lassen".

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) leitete im März eine Untersuchung zu mutmaßlichen Kriegsverbrechen und anderen Straftaten ein, die angeblich während der russischen Militäroffensive in der Ukraine begangen wurden. Er habe "bereits eine vernünftige Grundlage für die Annahme gefunden, dass Verbrechen begangen wurden, die in den Zuständigkeitsbereich des Gerichtshofs fallen", so IStGH-Ankläger Karim Khan in einer diesbezüglichen Erklärung.

Am Wochenende wurden Bilder aus Butscha, einer Stadt nordwestlich von Kiew, veröffentlicht, auf denen mehrere Leichen in Zivilkleidung zu sehen waren. Kiew macht hierfür die russischen Streitkräften verantwortlich. Der stellvertretende ständige Vertreter Russlands im UN-Sicherheitsrat Dmitri Poljanski bezeichnete den Vorfall jedoch als eine "unverhohlene Provokation durch ukrainische Radikale".

Obwohl Kremlsprecher Dmitri Peskow auf zahlreiche Ungereimtheiten hinwies, die Zweifel am Wahrheitsgehalt der von ukrainischer Seite vorgelegten "Beweise" aufkommen lassen, haben sich US-Vertreter beider Parteien den Behauptungen Kiews angeschlossen und den russischen Streitkräften Kriegsverbrechen vorgeworfen. Bob Menendez, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Beziehungen im US-Senat und Jim Risch, das ranghöchste republikanische Mitglied, machten Wladimir Putin für den Vorfall verantwortlich und forderten "Rechenschaft". Im vergangenen Monat verabschiedete der US-Senat bereits eine Resolution, in der der russische Präsident als Kriegsverbrecher bezeichnet wurde.

Die USA sind jedoch kein Vertragsstaat des Römischen Statuts, mit dem im Jahr 2002 ein "unabhängiger ständiger Internationaler Strafgerichtshof in Verbindung mit dem System der Vereinten Nationen geschaffen wurde, der für die schwersten Verbrechen zuständig ist, die die internationale Gemeinschaft als Ganzes betreffen".

Während die Obama-Regierung eine Arbeitsbeziehung mit dem Gerichtshof als Beobachter pflegte, erreichte die Haltung der USA gegenüber dem internationalen Rechtsorgan ihren Tiefpunkt unter US-Präsident Donald Trump. Dieser hatte den IStGH in einer Rede vor den Vereinten Nationen im Jahr 2018 als Teil einer "nicht gewählten, nicht rechenschaftspflichtigen globalen Bürokratie ohne Zuständigkeit, ohne Legitimität und ohne Autorität" bezeichnet.

Im Jahr 2020 verhängten die USA Sanktionen gegen IStGH-Beamte als Vergeltung für die Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen, die von den USA im Laufe ihres 20-jährigen Krieges in Afghanistan begangen wurden. Als die Biden-Regierung diese Sanktionen 2021 aufhob, beharrte sie ausdrücklich auf der Autonomie der USA, wobei US-Außenminister Antony Blinken Washingtons "seit langem bestehenden Einwand gegen die Bemühungen des Gerichtshofs, die Gerichtsbarkeit über Personal von Nichtvertragsstaaten wie den Vereinigten

Staaten und Israel auszuüben", zum Ausdruck brachte.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen. Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624bfa5348fbef77a56c4817.jpg>

11:10 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Kiew bereitet neue Inszenierungen mit angeblichen zivilen Opfern russischer Militärs vor**

Die ukrainischen Streitkräfte würden neue Fälschungen vorbereiten, die angeblich von den russischen Soldaten getötete Zivilisten in den ukrainischen Städten zeigen sollen. Dies meldete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, bei einem Briefing am Dienstag. Er sagte:

"Bestätigten Informationen zufolge haben die Militärs des 72. ukrainischen Hauptzentrums für psychologische Operationen am Abend des 4. April im Dorf Moschtschun 23 Kilometer nordwestlich von Kiew entfernt weitere inszenierte Aufnahmen von Zivilisten gefilmt, die angeblich durch gewaltsame Aktionen der russischen Streitkräfte getötet worden seien, um sie anschließend über westliche Medien zu verbreiten."

Laut Konaschenkow wurden solche Dreharbeiten auch in Sumy, Konotop und anderen Städten organisiert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624bfa0f48fbef77d04e1cbd.jpg>

12:19 (11:19) novorosinform.org: **Ein befreiter Augenzeuge aus Mariupol sprach über den Terroranschlag im Dramatheater**

Ein wie durch ein Wunder überlebender Mann berichtete, dass unbekannte Militärs einige Tage vor der Explosion Sprengstoff im oberen Teil des Gebäudes platziert haben könnten. Der Bewohner von Mariupol, Eduard Dolienko, sprach in einem Interview für den Pressedienst der Volksmiliz der DVR über die Ereignisse, die der Explosion im Gebäude des Dramatheaters vorausgingen, berichtet Readovka.

Der Mann sagte, dass es im Schauspielhaus ein Aufnahmезentrum für Bürger gegeben habe, die sich vor dem Beschuss in Sicherheit bringen wollten. Sie wurden dort nicht zwangsweise festgehalten, aber das Militär betonte, dass es nicht bereit sei, die Sicherheit zu garantieren, wenn Menschen das Gebäude verlassen würden. Einmal explodierte sogar eine Granate in der Nähe des Gebäudes, das laut Eduard von den Streitkräften der Ukraine eigens "für Bildungszwecke" freigegeben wurde. Darüber hinaus nahm das ukrainische Militär regelmäßig eine Schussposition hinter dem Schauspielhaus ein, feuerte zurück auf die vorrückenden russischen Truppen und verschwand dann.

Als die russische Armee vorrückte, ereigneten sich sehr seltsame Ereignisse – unbekannte ukrainische Soldaten brachten etwas in den oberen Teil des Gebäudes.

"Das Militär ist da reingegangen, hat Sprengstoff deponiert und die ganze Sache in die Wege geleitet. Die Leute sind herausgekrochen. Schockiert, verwundet, alles staubbedeckt", erinnert sich der Mann an den Tag der Explosion.

Er selbst war zum Zeitpunkt des Vorfalles in der Küche, wo er von der Explosion weggeschleudert wurde. Sein Sohn wurde von der Tür eingeklemmt, und sie schafften es auf wundersame Weise herauszukommen, aber Eduards Frau konnte nicht gefunden werden.



https://novorosinform.org/content/images/24/03/42403_720x405.jpg

11:41 de.rt.com: **Giffey: "Prorussische Demos" erlaubt, Z-Zeichen verboten**

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey, hat am Dienstag im ZDF die Rechtsauffassung des Landes zu prorussischen Demonstrationen dargelegt. Das Zeigen des "Z"-Zeichens ist nach ihren Worten verboten und wird strafrechtlich verfolgt, "prorussische Demonstrationen" und das Zeigen der russischen Flagge fielen dagegen unter die Versammlungsfreiheit.

Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) hat im ZDF-Morgenmagazin am Dienstag zu dem "prorussischen" Autokorso in Berlin Stellung bezogen. Auf die provokante Frage der sichtlich empörten ZDF-Moderatorin Dunja Halali differenzierte die Politikerin. Sie erinnerte daran, dass die Innensenatorin das Z-Zeichen als "Symbol der Unterstützung für den Angriffskrieg" eingestuft und verboten habe. Das Zeigen dieses Zeichens werde strafrechtlich verfolgt.

Bei dem Autokorso seien die wenigen Fahrzeuge, auf denen das Z-Zeichen angebracht war, polizeilich erfasst worden, Strafverfahren seien eingeleitet, sagte Giffey.

Dagegen fielen "prorussische Demonstrationen" an sich und das Zeigen der russischen Fahne unter die Versammlungsfreiheit und könnten nicht verboten werden, betonte die Regierende Bürgermeisterin. Und weiter:

"Wir begleiten das, wir sind sehr gegen jegliche Form von Angriffskriegunterstützung, das wird auch unterbunden, das wird strafrechtlich verfolgt. Aber wir können nicht eine angemeldete Demonstration unter dem Motto 'Gegen die Diskriminierung russischsprechender Menschen' einfach verbieten. Es fällt unter die Versammlungsfreiheit. Wir verfolgen das, was strafrechtlich relevant ist."

Am Sonntag hatten Menschen mit rund 400 Autos an einer Demonstrationsfahrt durch Berlin teilgenommen. Sie protestierten gegen die zunehmende Diskriminierung und Anfeindung russischsprachiger Mitbürger in Deutschland. Die Teilnehmer schmückten ihre Autos mit russischen Flaggen, aber auch mit Flaggen anderer früherer Sowjetrepubliken oder sogar der Sowjetunion. Auf mitgeführten Schildern war unter anderem zu lesen "Hört auf, Russen zu hassen" und "Unsere Kinder haben Angst, nach draußen zu gehen".

Über die Bedeutung, den Erfinder und die Entstehungsgeschichte des "Z"-Symbols hatte RT DE [am 10. März berichtet](#). Seine Verwendung in Deutschland steht nach § 140 StGB möglicherweise unter Strafe – zumindest wird diese Auffassung von den Generalstaatsanwaltschaften und den Innenministern fast aller Länder vertreten. Gerichtliche Entscheidungen dazu gibt es derzeit indes noch nicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c0512b480cc118475eab7.jpg>

12:49 (11:49) novorosinform.org: **Treffen mit Putin wird möglicherweise nicht stattfinden- Selenskij**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte in einem Interview mit ukrainischen Fernsehsendern, dass das Treffen mit Putin möglicherweise nicht stattfinden werde. Man könne, so Selenskij, die einfachste Variante wählen, nämlich zu sagen, „lasst uns über nichts reden“, aber die Verhandlungen müssten weitergeführt werden. Der ukrainische Präsident hat diese Position in seinem Interview mit lokalen Fernsehsendern zum Ausdruck gebracht, informiert RBK.

"Ich denke, dass das (was in Butscha passiert ist - Anm. d. Red.) eine große Tragödie ist. Man muss sich zusammenreißen und arbeiten. Ich habe keine andere Wahl. <...> Aber es kann sich herausstellen, dass es nicht stattfinden wird. Es gibt vielleicht keins", antwortete Selenskij auf eine Frage von Journalisten zu einem möglichen Treffen mit dem russischen Präsidenten.



https://novorosinform.org/content/images/24/07/42407_720x405.jpg

12:55 (11:55) ria.ru: **Kiew will ein vollständiges Verbot russischer Fernsehsender in Europa erreichen**

Der ukrainische Kulturminister Alexandr Tkatschenko sagte am Dienstag, dass er bei einem Treffen mit Kollegen aus den Ländern der Europäischen Union in Brüssel über ein Verbot der russischen Kultur in der EU gesprochen habe, einschließlich der Einstellung der Satellitenübertragung russischer Fernsehsender. Ihm zufolge erleben einige Teilnehmer des Treffens immer noch "dieses Gefühl, dass Kultur unpolitisch ist - es muss noch überwunden werden", wofür "konkrete Schritte" erforderlich seien.

„Sanktionen gegen russische Kanäle, die über Satellit und Kabel senden, braucht es noch in

Europa. Und noch ein paar Dinge, einschließlich der Zuweisung dringender Hilfe für unser Kulturerbe und unsere Medienorganisationen“, sagte Tkatschenko auf Sendung des ukrainischen Fernsehsenders 24. Er äußerte die Hoffnung, dass die in Brüssel abgehaltenen Konsultationen "nicht in Versprechungen, nicht in Sympathie für uns, sondern in konkreten Entscheidungen zum Ausdruck kommen".

Am 2. März verbot die Europäische Union die Verbreitung des Signals und der Inhalte von Russia Today und Sputnik wegen der russischen Operation zur Entmilitarisierung der Ukraine, die Entscheidung wurde im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Im Anhang des Beschlusses sind insbesondere folgende Organisationen aufgeführt: RT – Russia Today Englisch, RT – Russia Today UK, RT – Russia Today Deutschland, RT – Russia Today Frankreich und RT – Russia Today Spanisch, sowie Sputnik ohne Angabe von Details. Der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte zuvor, Moskau erwarte nicht, dass der Westen Sanktionen gegen Journalisten, Sportler und Kulturschaffende verhängt. Der Vorsitzende des Menschenrechtsrates unter dem Präsidenten der Russischen Föderation, Waleri Fadeew, richtete einen Appell an die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Teresa Ribeiro, und forderte sie auf, Maßnahmen zur Einhaltung der Normen in Bezug auf die Pressefreiheit in Anbetracht der Unterdrückung russischsprachiger Publikationen zu ergreifen.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e4/09/17/1577638361_0:0:2786:1568_1280x0_80_0_0_3_cf64c20740edb7f134100dd08b2d041.jpg

nachmittags:

12:00 de.rt.com: Dänemark und Italien weisen russische Diplomaten aus

Nach Deutschland und Frankreich haben nun auch Dänemark und Italien angekündigt, russische Diplomaten des Landes zu verweisen. Zur Persona non grata wurden jeweils 15 und 30 diplomatische Vertreter Russlands erklärt, teilten die Außenminister der beiden Länder am Dienstag mit. Während der dänische Chefdiplomat Jeppe Kofod die Maßnahme mit Spionagevorwürfen gegen die betroffenen Diplomaten begründete, erklärte sein italienischer Amtskollege Luigi Di Maio, dass der Schritt auf Bedenken der nationalen Sicherheit zurückzuführen sei.

In einem Kommentar sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, Moskau werde auf die Ausweisung russischer Diplomaten entsprechend reagieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c08b9b480cc118475eabe.jpg>

12:05 de.rt.com: **Finnland: Zoll beschlagnahmt Kunstwerke aus der Eremitage und der Tretjakow-Galerie**

Der finnische Zoll hat drei Transporter mit Gemälden aus russischen Museen an der Grenze zu Russland beschlagnahmt. Wie Michail Schwydkoi, Russlands Beauftragter für internationale Kulturpolitik, erklärte, sei der Schritt eine Folge der jüngsten EU-Sanktionen. Anfang April hat der finnische Zoll drei Transporter mit mehr als 200 russischen Gemälden beschlagnahmt, unter anderem aus der weltberühmten Sankt Petersburger Eremitage und der Tretjakow-Galerie in Moskau. Laut Medienberichten waren die Gemälde zuvor bei Ausstellungen in Italien gezeigt worden. Zu den Exponaten sollen außerdem Kunstwerke des Puschkin-Museums gehören, die in Japan ausgestellt wurden.

Das russische Kulturministerium sprach zunächst von einer Zollkontrolle. Wie die Nachrichtenagentur Interfax berichtet, erklärte die Eremitage gegenüber Journalisten, dass die Schwierigkeiten an der Grenze mit der Logistik und nicht mit Sanktionen zusammenhängen. Allerdings verwies der finnische Zoll auf jüngste EU-Sanktionen: "Am Wochenende hat der Zoll am Grenzübergang Vaalimaa drei Warensendungen gestoppt, die Gegenstand von EU-Sanktionen sein können", hieß es in einer Erklärung. Die Behörde leitete eine Voruntersuchung ein. Auch Michail Schwydkoi, der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für internationale kulturelle Zusammenarbeit, bestätigte, dass der Grund für die Probleme an der Grenze neue EU-Sanktionen seien. Ihm zufolge befassten sich russische Diplomaten in Finnland mit dem Vorfall. Er sagte:

„Die geopolitische Lage ist ziemlich kompliziert. Aber ich hoffe, dass all die Dinge, die ins Ausland gebracht wurden, rechtzeitig in die Russische Föderation zurückkehren werden. Bereits im vergangenen Monat hatten die Werke für Aufsehen gesorgt, als die Eremitage Anfang März italienische Museen einschließlich der Mailänder Galerie d'Italia zu einer vorzeitigen Rückgabe geliehener Kunstwerke aufgefordert hatte. Wenig später zog das Sankt Petersburger Museum die Forderung jedoch zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c00e7b480cc55d90afb87.jpg>

13:11 (12:11) novorosinform.org: **Matwijenko besuchte verwundete russische Soldaten in einem Lazarett**

Der Sprecherin des Föderationsrates hob den Mut hervor, den die Soldaten während der Spezialoperation gezeigt haben.

Die Vorsitzende des Föderationsrates der Russischen Föderation, Walentina Matwijenko, besuchte das klinische Militärkrankenhaus. A. A. Wischnewski, wo sich jetzt verwundete russische Soldaten befinden, die an der militärischen Spezialoperation in der Ukraine und im Donbass teilgenommen haben, berichtet RIA Novosti.

Matwijenko überreichte den Militärs auf Anordnung des russischen Präsidenten Wladimir Putin Auszeichnungen und hob den Mut hervor, der bei der Ausführung der Aufgaben gezeigt wurde.

„Ich weiß, dass jeder von Ihnen eine Leistung vollbracht und Mut gezeigt hat, und der Präsident der Russischen Föderation hat ein Dekret über die Verleihung staatlicher Auszeichnungen an Sie erlassen“, sagte Matwijenko.

Darüber hinaus dankte die Sprecherin des Föderationsrates dem medizinischen Personal des Krankenhauses, das alles tut, um Leben und Gesundheit der verwundeten Soldaten zu retten.

„Ich möchte den Ärzten, Krankenschwestern und Krankenpflegern ein großes Dankeschön dafür aussprechen, dass sie mit Ihnen im Kampf sind und alles tun, um Ihre Gesundheit wiederherzustellen“, sagte sie.



https://novorosinform.org/content/images/24/10/42410_720x405.jpg

12:15 de.rt.com: **Sprecher: Von der Leyen und Borrell reisen diese Woche für Treffen mit Selenskij nach Kiew**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird diese Woche für ein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij nach Kiew reisen. Auf der Reise in die ukrainische Hauptstadt werde sie vom EU-Außenbeauftragten Josep Borrell begleitet, teilte ihr Sprecher am Dienstag auf Twitter mit.

Das Treffen werde vor der für Samstag in Warschau geplanten Geberkonferenz stattfinden, hieß es ferner. Bei der Konferenz soll Geld für die Millionen Flüchtlinge gesammelt werden, die seit Beginn der russischen Militäraktion in der Ukraine aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Den genauen Tag wollte eine Sprecherin auf Nachfrage zunächst nicht nennen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c0f3648fbef77d04e1cd6.jpg>

12:22 de.rt.com: **Analysten: Russland erwartet Rekord-Kapitalzufluss**

Russlands Zahlungsbilanzüberschuss könnte in diesem Jahr ein Allzeithoch erreichen, so die Erwartung von Wirtschaftsexperten. Aufgrund der teuren Ölexporte und des Drucks auf die Importe in das Land könnte sich das Volumen auf 200 bis 300 Milliarden US-Dollar belaufen. Russlands Zahlungsbilanzüberschuss könnte in diesem Jahr einen historischen Höchststand erreichen und sich auf einen Gesamtwert von 200 bis 300 Milliarden US-Dollar belaufen. Das berichtete die Wirtschaftsnachrichtenagentur RBK am Montag. Von RBK befragte Wirtschaftswissenschaftler sagten voraus, dass trotz der verschärften westlichen Sanktionen ein Rekord-Kapitalzufluss in das Land zu erwarten sei.

Sie wiesen auf wichtige Faktoren für den Zufluss hin, wie den Anstieg des Wertes der russischen Energieexporte und einen Rückgang der Warenimporte nach Russland um bis zu 50 Prozent.

Die Kohlenwasserstoffexporte als Haupttreiber des russischen Zahlungsbilanzüberschusses sehen noch immer zuversichtlich aus, so das Institut für Internationale Finanzen in einem Bericht, der RBK vorliegt.

Laut einer Bloomberg-Analyse wird Russland im Jahr 2022 geschätzte 321 Milliarden US-Dollar an Einnahmen aus Energieexporten erzielen, was einem Anstieg von mehr als einem Drittel gegenüber dem Vorjahr entspricht. Und das trotz der enormen Rabatte, die das Land seinen Käufern zurzeit gewährt. Wie das russische Finanzministerium vergangene Woche mitteilte, kostete russisches Ural-Öl im März durchschnittlich über 89 US-Dollar pro Barrel, was einem Anstieg von 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Nach Angaben des Instituts für Internationale Finanzen ist die Zahl der in russischen Häfen liegenden Öltanker, die auf ihre Abfahrt warten, nur geringfügig niedriger als im gleichen Zeitraum der Vorjahre. Daten von TankerTrackers, einem Unternehmen, das die Bewegungen von Öltankern weltweit verfolgt, zeigen, dass Russland noch immer etwa drei Millionen Barrel Öl pro Tag auf dem Seeweg exportiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c067d48fbef4af41c3c8c.jpg>

13:32 (12:32) ria.ru: **Moskalkowa sprach über die freigelassenen russischen Kriegsgefangenen**

Tatjana Moskalkowa, die Menschenrechtskommissarin der Russischen Föderation, sagte, dass die aus der ukrainischen Gefangenschaft entlassenen russische Militäern nach dem Grauen, das sie erlebt haben, zunächst nicht einmal sprechen könnten.

„Als unsere Gefangenen hier ankamen, bat das Militär um Zeit, in der sich niemand mit ihnen trifft, weil sie nach den Schrecken, die sie erlebt hatten, nicht sprechen konnten. Jetzt sagen sie die Wahrheit“, antwortete Moskalkowa auf die Fragen der Journalisten.

Zuvor waren Videoaufnahmen von Mobbing gegen russische Kriegsgefangene verbreitet worden. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/04/01/1603784438_0:0:3010:1694_1280x0_80_0_0_6d5d33660361018c93719df1050a1f8c.jpg

13:34 (12:34) armiyadnr.su: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 05.04.2022**

Die ukrainischen Nationalisten, die den Hafen von Mariupol halten, begreifen, dass ihre Niederlage nahe ist und vernichten zielgerichtet Infrastruktur sowie die sich darin befindenden ausländischen Schiffe. Inzwischen wurde uns bekannt, dass auf dem türkischen Schiff „Asburg“, das unter der Flagge der Dominikanischen Republik fährt und an dessen Bord sich 12 Bürger der Ukraine befinden, ein Brand mit starke Rauchentwicklung entstanden ist.

Das Kommando von „Asow“ setzt in Zusammenarbeit mit Spezialisten des 83. Zentrums für

informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte Aktivitäten zur Erstellung von Fakes fort, die auf die Beschuldigung von Soldaten der Russischen Föderation und der Donezker Volksrepublik, die an der militärischen Spezialoperation beteiligt sind, gerichtet sind.

Im Zusammenhang damit schließen wir nicht aus, dass die ukrainischen Kräfte für informationspsychologische Operationen mit der Vernichtung ausländischer Schiffe sowie deren Besatzung begonnen haben und dies als Ergebnisse von Artillerieschlägen russischer Truppen ausgehen werden.

Gesondert möchte ich darauf eingehen, dass die Kiewer Führung offizielle Anfragen zur Evakuierung von sechs ausländischen Schiffen ignoriert, die zusammen mit ihren Mannschaften zielgerichtet von Nationalisten durch Verminung der Wasserfläche des Hafens schon vor Beginn der militärischen Spezialoperation blockiert worden waren.

Meinerseits erkläre ich offiziell, dass die Einheiten der russischen Truppen und die Soldaten der Donezker Volksrepublik nur zielgerichtetes Feuer auf Feuerstellungen der ukrainischen Nationalisten führen.

13:41 (12:41) novorosinform.org: **Das Oberhaupt der DVR sprach über die Prioritäten der Verwaltung von Mariupol**

Das Treffen in Mariupol zeigte die wahren Bestrebungen der Menschen. Dies erklärte der Staatschef Denis Puschilin im Fernsehsender „Russland 24“.

Puschilin sprach über die neue Mariupoler Administration und ihren Leiter und bemerkte, dass die Liste der wichtigsten Aufgaben für sie bereits offensichtlich sei. Er betonte, dass es zur Lösung aller Probleme notwendig sei, einen systematischen Ansatz zu entwickeln.

„Zuallererst den Menschen volle Unterstützung leisten, Lebensmittel, Wasser und Medikamente bereitstellen, das Netzwerk der humanitären Zentren erweitern und gleichzeitig eine Verwaltung bilden“, sagte Puschilin.

Zuvor hatte die Gemeindeversammlung von Mariupol das Referendum von 2014 anerkannt und über die Kandidatur des neuen Bürgermeisters entschieden.



https://novorosinform.org/content/images/24/12/42412_720x405.jpg

12:45 de.rt.com: **"Sehr unglückliche Figur" – CDU/CSU fordern Entlassung von Verteidigungsministerin Lambrecht**

Aus den Reihen der Oppositionsparteien CDU und CSU werden zunehmend Forderungen nach der Entlassung der Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht laut.

Hintergrund ist ihre Zurückhaltung bei der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine.

Nach CSU-Chef Markus Söder fordert nun auch die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Andrea Lindholz den Rücktritt der Bundesministerin der Verteidigung Christine Lambrecht (SPD).

"Frau Lambrecht macht eine sehr unglückliche Figur, und sie schadet auch unserem Ansehen. Beim Thema Waffenlieferungen agiert sie mehr als unglücklich. Insofern kann ich seine Forderung nachvollziehen, ja",

sagte Lindholz im ntv-Frühstart. Auch die Bundesministerin des Inneren und für Heimat Nancy Faeser erhält von Lindholz keine guten Noten:

"Sie agiert in der Flüchtlingspolitik zu spät an vielen Stellen. Aber hier gibt es keinen Grund, ihren Rücktritt zu fordern."

Zuvor hatte der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Montag die Entlassung von Lambrecht gefordert. Nach einer Videokonferenz des CSU-Parteivorstandes sagte Söder, die Verteidigungsministerin sei "komplett überfordert". Mit Blick auf die Lieferungen deutscher Waffen an die Ukraine sprach er von einer "Blamage" und forderte die Bundesregierung auf, dringend mehr zu liefern. In der Schaltkonferenz hatte Söder laut Teilnehmern geäußert, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) müsse "eigentlich eine Kabinettsrochade" machen, um dabei Lambrecht auszutauschen.

Hintergrund für die neue Schärfe der Kritik an Lambrecht ist deren Ablehnung der Lieferung von Schützenpanzern aus Deutschland an die Ukraine. Nach einem Bericht der Welt hatte Lambrecht die Anfrage aus Kiew "abschlägig beschieden", da alle eigenen Schützenpanzer in NATO-Verpflichtungen eingebunden seien.

Söder fordert dagegen eine Ausweitung deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine.

Vom Bundeskanzleramt sowie dem Verteidigungsministerium liegen bislang keine Stellungnahmen zu den Rücktritts- und Entlassungsforderungen vor.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c123bb480cc55d90afb94.jpg>

13:00 de.rt.com: **Drohendes Energie-Embargo: Strom- und Gaspreise sollen drastisch steigen**

Infolge des Ukraine-Krieges ist die Lage auf dem Weltmarkt angespannt. Das drohende Energie-Embargo gegen Russland lässt die Preise für Öl und Gas weiter signifikant steigen. Deutsche Verbraucher müssen sich nun erneut auf höhere Energiepreise einstellen, denn der für immerhin 14 Millionen Kunden zuständige Energieversorger Eon kündigte am Dienstag gravierende Preiserhöhungen an.

"Wir müssen diese beispiellose Lage auf dem Markt in unserer Preisgestaltung auch anteilig abbilden, versuchen aber, so viel wie möglich abzufedern", erklärte der Geschäftsführer des Energiekonzerns Eon, Philipp Thon, am Dienstag in einem RND-Bericht. Thon zufolge seien die Preise für Erdgas im Großhandel im Vergleich zum Vorjahr Teils um das zwanzigfache gestiegen. Bei Strom gebe es Aufschläge um das Achtfache. Eine seriöse Prognose wie stark

die Erhöhungen konkret ausfallen werden, könne der Manager aktuell jedoch noch nicht geben, betonte aber:

"In der Stromgrundversorgung wurden bereits mehr als 1.000 Erhöhungen angekündigt und zum Teil schon durchgeführt. Da geht es um Aufschläge von durchschnittlich 35 Prozent." Mit Verweis auf die deutschen Gasspeicher ergänzte er, dass diese aktuell "nur zwischen 25 und 27 Prozent gefüllt" seien. "Das ist ein sehr niedriges Niveau, entsprechend hoch wird die Nachfrage zum Füllen der Speicher sein. Und das treibt die Preise. Die Lage ist sehr angespannt – auch ohne Lieferstopp", erläuterte Thon. Sollte aufgrund eines möglichen Energie-Embargos gegen Moskau kein Gas aus Russland mehr in die EU gepumpt werden, müsse man mit "drastischen Folgen für die deutsche Volkswirtschaft" rechnen, warnte Thon.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c15a648fbef77d04e1ce1.jpg>

13:38 de.rt.com: **Russlands Medienaufsichtsbehörde wirft Wikipedia Informationsangriffe auf Russen vor**

Die russische Medienaufsichtsbehörde hat die Online-Enzyklopädie Wikipedia auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft aufgefordert, Inhalte mit "unzuverlässigen Informationen" über Russlands Vorgehen in der Ukraine und die Handlungen des russischen Militärs zu entfernen. Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor [veröffentlichte](#) am Dienstag eine entsprechende Forderung auf Telegram. Demnach gehe es um Inhalte, die "unzuverlässige gesellschaftlich bedeutsame Informationen" zu Russlands Vorgehen in der Ukraine und den Handlungen der russischen Streitkräfte verbreiten. Die Behörde warf der Online-Enzyklopädie vor, eine ausschließlich antirussische Interpretation der Ereignisse zu schildern. Beschwerden gebe es zu den Artikeln "Schlacht um Kiew (2022)", "Kriegsverbrechen während der russischen Invasion in der Ukraine", "Beschuss eines Krankenhauses in Mariupol", "Zerstörung des Mariupoler Theaters (2022)" und "Massaker in Butscha".

Die Medienaufsichtsbehörde forderte Wikipedia auf, solche Inhalte zu entfernen. Ansonsten drohe eine Geldstrafe von bis zu vier Millionen Rubel (rund 43.500 Euro). Roskomnadsor hatte Wikipedia bereits mehrfach vor einer möglichen Sperrung gewarnt. Aus Sorge vor einem Verbot werden die Internet-Archive in Russland derzeit vermehrt heruntergeladen. So sind die Downloads des Programms Kiwix, das Wikipedia offline lesen lässt, in den ersten Märztagen um das 50-Fache gestiegen, sagte ein Vertreter der Firma zur russischen Zeitung Kommersant.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c16fab480cc55d90afb9a.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR zur Sprengung eines Tanks mit Chemikalien in Rubeshnoje

Ukrainische nationalistische Formationen, die die Perspektivlosigkeit der Kampfhandlungen gegen die Lugansker Volksrepublik erkennen, haben vor dem Abzug aus der besetzten Stadt Rubeshnoje begonnen, Objekte der chemischen Industrie zu vernichten.

So verbreitete sich heute durch die Sprengung einer Zisterne mit Salzsäure in der Werkhalle Nr. 1 der Produktionsvereinigung „Sarja“ eine giftige Wolke im Fabrikviertel der Stadt, in dem mehr als 10.000 Menschen leben.

Der Zeitpunkt der Sprengung wurde unter Berücksichtigung der Windrichtung berechnet, so dass die Chemikalien auf dem befreiten Territorium der LVR in Richtung Kudrjaschowka verteilt wurde.

Die terroristischen Aktionen können zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung führen.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Dabei wurden den Notfalldiensten verboten, Arbeiten zur Beseitigung des Kontaminationsherdes durchzuführen.

Inzwischen verbreiten ukrainische Medien zur Rechtfertigung der kriminellen terroristischen Handlungen aktiv Falschmeldungen über eine angebliche Beteiligung von Einheiten der Volksmiliz der LVR an der Sprengung.

In den Tanks auf dem Gelände des gefährlichen Chemiewerks zur Produktion von Sprengstoffen sind noch mehr als 40.000 Tonnen Schwefelsäure, Salzsäure, Salpetersäure und Ammoniak, deren Sprengung der Ökologie der Region irreparablen Schaden zufügen und alles Leben im einem Umkreis von 30 Kilometern vernichten könnten. Betroffen sind die Gebiete der immer noch von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften Lissitschansk, Sewerodonezk, Solotoje und Sewerks, in denen mehr als 300.000 Menschen leben.

14:00 de.rt.com: Schweden weist drei russische Diplomaten aus

Schweden weist drei Mitarbeiter der russischen Botschaft in Stockholm aus, wie der schwedische Radiosender Radio Schweden mitteilte. Laut dem Bericht wies Außenministerin Ann Linde bei einer Pressekonferenz darauf hin, dass die betroffenen Personen ihre Dienste nicht im Einklang mit dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (WÜD) ausgeübt hätten.

Seit Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine hat die [Zahl der durch westliche Regierungen ausgewiesenen russischen Diplomaten](#) inzwischen rund 250 erreicht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c2467b480cc4ef1020d0c.jpg>

14:06 de.rt.com: **China verstärkt Käufe von preiswertem Gas und Öl aus Russland**

Während der Westen einen Boykott von Energieressourcen aus Russland diskutiert, kaufen andere Länder russisches Gas und Öl mit Rabatten ein. Medienberichten zufolge sollen chinesische Unternehmen ganz vorn mit dabei sein.

Chinas wichtigste Importeure für Flüssigerdgas (LNG) wollen zusätzliche Lieferungen aus dem von Sanktionen betroffenen Russland kaufen, um von den günstigen Rabatten zu profitieren, die das Land zurzeit anbietet. Das berichtete Bloomberg am Montag unter Berufung auf Personen, die mit der Angelegenheit vertraut sein wollen. Die verstärkten Käufe sollen angeblich dazu dienen, die Lagertanks aufzufüllen, bevor die Preise im Sommer wieder steigen.

Den Quellen zufolge führen unter anderem die chinesischen Staatsunternehmen Sinopec und PetroChina entsprechende Verhandlungen mit Russland. Einige Importeure erwägen gar, russische Firmen zu beauftragen, in ihrem Namen an Ausschreibungen für LNG-Käufe teilzunehmen, um ihre Beschaffungspläne vor ausländischen Regierungen zu verbergen. Die Käufe erfolgen zu einem Zeitpunkt, an dem einige Länder, darunter die USA und das Vereinigte Königreich, im Rahmen der Russlandsanktionen ein Einfuhrverbot für russische Energiegüter gefordert haben. Die EU hat sich bisher geweigert, dies zu tun, während die USA und Großbritannien ebenfalls weiterhin russisches Öl und Gas kaufen.

Unterdessen wird russisches Flüssiggas auf dem Spotmarkt mit einem Abschlag von mehr als zehn Prozent gegenüber anderen Lieferanten aus Nordasien gehandelt, wie Händler berichten. Die Spotpreise für den supergeköhlten Brennstoff sind angesichts des knappen Angebots auf Rekordhöhen gestiegen.

Händler berichteten Bloomberg, dass Chinas Ölraffinerien in den vergangenen Wochen ebenfalls diskret mehrere Lieferungen billigen Rohöls aus Russland gekauft hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c10fc48fbef74fe63a3a3.jpg>

15:22 (14:22) novorosinform.org: **Die Evakuierung der Bewohner von Rubishnoje ist praktisch unmöglich – Marotschko**

Andrej Marotschko, ein Vertreter der Volksmiliz der LVR, sagte, dass nach der Explosion eines Tanks mit einer chemischen Substanz in Rubeshnoje der Beschuss der Stadt durch die Streitkräfte der Ukraine intensiviert wurde, was die Evakuierung der Menschen von dort fast unmöglich mache.

Marotschko bemerkte auch, dass es unter dem Feuer der ukrainischen Artillerie Orte mit Massenansammlungen von Menschen in Rubishnoje gbe. Er sagte dies in der Sendung des Fernsehsenders „Russland 24“.

„Ich möchte darauf hinweisen, dass es nach der Intensivierung des Beschusses um ein Vielfaches fast unmöglich ist, Menschen, die evakuiert werden müssen, aus dieser Siedlung zu herauszuholen, da die Orte, an denen sich Menschen versammeln, regelmäßig von ukrainischer Artillerie beschossen werden“, sagte der Vertreter des Volksmiliz der LVR.

Zuvor berichteten die Medien, dass Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte einen Tank mit Salpetersäure im von der LVR kontrollierten Teil der Stadt Rubishnojee zerstört hätten. Die veröffentlichten Fotos zeigen eine Säule aus orangefarbenem Rauch. Den Bewohnern der Stadt wurde geraten, nicht nach draußen zu gehen, bis sich die Wolke auflöst.



https://novorosinform.org/content/images/24/19/42419_720x405.jpg

14:40 de.rt.com: **Terroranschlag auf Zivilisten mit Salzsäure – Miliz der Volksrepublik Lugansk: Nationalisten sprengen bei Rückzug aus Rubeschnoje ein Fabrikreservoir**

Salzsäure als Waffe für einen Terroranschlag, mithilfe einer Sprengung in der Luft verteilt – durchaus ein Stoff, aus dem Albträume sein können. Solch einen Terroranschlag verübt zu

haben, wirft die Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk nun den nationalistischen paramilitärischen Verbänden vor:

"Ukrainische nationalistische Verbände haben, im Verständnis der Aussichtslosigkeit ihrer Kampfhandlungen gegen die Volksrepublik Lugansk, vor ihrem Rückzug aus der besetzten Stadt Rubeschnoje mit der Zerstörung von Anlagen der chemischen Industrie begonnen. So wurde heute durch die Sprengung einer Zisterne mit Salzsäure in der Fabrikhalle Nr. 1 der Produktionsvereinigung 'Sarja' eine Wolke dieses giftigen Stoffes im Fabrikviertel der Stadt verbreitet, wo über 10.000 Menschen leben."

Dabei sei es den Nationalisten mitnichten um die einfache Zerstörung von Industriekapazitäten gegangen, betont die Volksmiliz. Sondern:

"Der Zeitpunkt der Detonation wurde unter Berücksichtigung der Windrose berechnet, die die Chemikalien auf dem befreiten Gebiet der LVR in Richtung der Siedlung Kudrjaschowka verteilt.

Diese terroristischen Aktionen könnten zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung zur Folge haben."

Dabei sei es vonseiten der abrückenden Nationalisten den Einsatzkräften der Stadt ausdrücklich verboten worden, Arbeiten zur Eindämmung der jeweiligen Kontaminationsherde durchzuführen.

Die Zahl etwaiger ziviler Todesopfer und Verletzten werde derzeit geklärt.

Die Volksmiliz warnt indes vor weiteren möglichen Sprengungen in dem Fabrikgebiet: Angesichts dessen, dass dort mehr als 40.000 Tonnen Schwefelsäure, Salzsäure, Salpetersäure und Ammoniak in Tanks gelagert werden, sei alles Leben in einem Umkreis von etwa 30 Kilometern gefährdet.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/cLgcqy37-KQgEge1PMSu7X9av73sPtVkHd20FftkWVwRoRWRn-0ezYXZgULVWt1LLx5kwxH1hXjWBEC8yc_gpuDyL6Q0bNeQSp_W7Rat4V7KPtqXM8I1UEhflaVhjquvrA3zq2YmxnIBs83umD57wuF1Z4qD1qLF37iN_xQgiVapVgL0nrVjdhTPLL_dn8d1nCP7B02L8FE6OkQfsTbL1r1Otb9X6XwVaMSNgpKNTITN0a1uELduY_StLa9USV_KSSM-QHPst7pVOzWTAXm4Fk6CNeMoCos8rIHaDOTfFXkLTdObMW1nHjOR_rgIrUVkFyxMBHxzmoI-nji7u-i-Vw

14:42 de.rt.com: **USA kaufen noch mehr Erdöl aus Russland – "Am Ende wird Europa zum Opfer"**

Washington versucht seit Jahren, Europa unter Druck zu setzen, weniger fossile Brennstoffe aus Russland zu importieren. Aber die USA selbst erhöhten laut Angaben russischer Regierungsvertreter in der vergangenen Woche ihre Erdölimporte aus Russland.

Die Vereinigten Staaten haben trotz der dramatischen Eskalation der Spannungen mit Russland im Zuge des Ukraine-Krieges im Verlauf der letzten Woche laut dem stellvertretenden Sekretär des russischen Sicherheitsrates Michail Popow in einem Interview mit der russischen Zeitung Komsomolskaja Prawda den Import von Erdöl aus Russland um 43 Prozent beziehungsweise 100.000 Barrel am Tag erhöht.

Washington habe Europa gezwungen, antirussische Sanktionen zu beschließen, während es selbst seinen Handel mit Russland zum Teil sogar weiter ausbaue, bemerkte der russische Beamte. Popow warnte Europa, für ähnliche "Überraschungen" aus Washington bereit zu sein: "Darüber hinaus erlaubte Washington seinen Unternehmen, Mineraldünger aus Russland zu importieren, da diese als lebenswichtige Güter anerkannt wurden."

Cui Heng, ein Forscher am Zentrum für Russlandstudien der Ostchinesischen Normaluniversität, erklärte der chinesischen Zeitung Global Times, dass die USA in ihren Beziehungen zu Russland von zwei Prinzipien geleitet würden: Einerseits gehe es Washington darum, Russlands politisches System zu untergraben, andererseits würden die USA auch von pragmatischen nationalen Interessen geleitet. Cui führte aus:

"Aus dem Bedürfnis heraus, Russland ideologisch zu konfrontieren, werben die USA um Verbündete, um Russland zu sanktionieren, während die USA aus der Not der Realität heraus russische Energie zu einem günstigeren Preis kaufen und sie zu einem höheren Preis an Europa verkaufen, um die Interessen der heimischen Ölinteressengruppen zu bedienen. Am Ende wird Europa zum Opfer – europäischer Reichtum fließt in die USA und trägt dazu bei, den Vorsprung des Dollars gegenüber dem Euro zu festigen."

Einer offiziellen Richtlinie des US-Finanzministeriums zufolge sollen ab dem 22. April keine Erdöl- und Erdgasimporte aus Russland in die USA mehr erfolgen.

Der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak hatte gewarnt, dass ein Verzicht auf russisches Erdöl katastrophale Folgen für den Weltmarkt haben könnte. Der Preis für ein Barrel könnte auf 300 Dollar oder mehr steigen, so der russische Regierungsvertreter. Am Donnerstag beschloss Washington, über einen Zeitraum von einem Monat am Tag eine Million Barrel Erdöl aus der nationalen Reserve der USA dem Markt zur Verfügung zu stellen, um den Preisanstieg zu bekämpfen. Zudem forderte US-Präsident Joe Biden die US-amerikanischen Erdölkonzerne auf, ihre Produktion zu beschleunigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c2192b480cc5429503cb7.jpg>

15:55 (14:55) novorosinform.org: **Die NATO beabsichtigt, der Ukraine militärische Hilfe zu leisten – Stoltenberg**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, die Nordatlantische Allianz unterstütze Kiew, aber die Ukraine solle die Bedingungen des Friedens mit Russland selbst bestimmen.

Die NATO-Mitgliedsstaaten beabsichtigen, in den kommenden Wochen Waffen an Kiew zu liefern, um die ukrainischen Truppen aufzurüsten und auszurüsten. Das teilte Jens Stoltenberg

auf einer Pressekonferenz in Brüssel mit, schreibt TASS.

Er stellte auch fest, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und der NATO dramatisch verändert hätten, aber das Bündnis werde mit Moskau zusammenarbeiten müssen. Der NATO-Generalsekretär fügte hinzu, dass das Bündnis die Zusammenarbeit mit Partnern in Asien ausbauen werde, da China sich weigere, die russische Operation in der Ukraine zu verurteilen.

15:11 de.rt.com: **Finnland zeigt Interesse an NATO-Mitgliedschaft**

Das neutrale Finnland erwägt einen NATO-Beitritt. Laut dem Außenminister des Landes werde sich das Parlament bis Mitte des Monats zu dieser Frage präzise positionieren. Die finnische Regierungschefin erklärte, eine Entscheidung solle "gründlich, aber schnell" fallen. Finnland zeigt Interesse an NATO-Mitgliedschaft

Bis Mitte des Monats wird Finnlands Regierung dem Parlament des Landes einen Vorschlag über einen möglichen NATO-Beitritt vorlegen. Das teilte der finnische Außenminister Pekka Haavisto mit.

Russlands Militäreinsatz in der Ukraine soll Finnland, das eine gemeinsame Grenze mit Russland hat, veranlasst haben, die Diskussionen über die möglichen Vorteile eines Beitritts zum Militärbündnis zu intensivieren. Haavisto erklärte, die finnische Führung habe die Angelegenheit bereits mit "fast allen" NATO-Mitgliedern erörtert. Er spreche "fast täglich" mit dem benachbarten Schweden darüber, das ebenfalls einen Beitritt zum Militärbündnis erwäge.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters, das am Montag veröffentlicht wurde, sagte der finnische Chefdiplomat, Finnland müsse auf Vergeltungsmaßnahmen Russlands vorbereitet sein und "auch hören, wie die NATO-Länder reagieren würden". Er betonte: "Wir müssen keine schnellen Entscheidungen über unsere eigene Verteidigung treffen, aber sicherlich könnte ein möglicher Beitrittsantrag dazu führen, dass wir zum Ziel von Einmischungen oder hybriden Aktionen werden."

Am Samstag sagte Sanna Marin, die Ministerpräsidentin des Landes, während einer Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei, dass Russlands Offensive in der Ukraine das Vertrauen zwischen Helsinki und Moskau auf unumkehrbare Weise untergraben habe. Sie hob hervor:

"Russland ist nicht der Nachbar, für den wir es hielten."

Die Premierministerin räumte ein, dass sowohl ein Beitritt zur NATO als auch ein Nichtbeitritt "Entscheidungen sind, die Konsequenzen haben".

Sie betonte, dass in diesem Frühjahr eine Entscheidung "gründlich, aber schnell" getroffen werden sollte.

Jüngste Umfragen sowohl in Finnland als auch in Schweden zeigen, dass der Konflikt in der Ukraine die öffentliche Meinung im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verändert hat, denn die Mehrheit der Befragten befürwortet nun einen NATO-Beitritt. Laut einer in diesem Monat durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yle wünschen sich 62 Prozent der finnischen Bevölkerung eine Mitgliedschaft ihres Landes in dem westlichen Militärbündnis. Die Umfragen veranlassten den finnischen Präsidenten Sauli Niinisto zu der Aussage, dass bei einem derartigen Maß an Unterstützung für eine NATO-Mitgliedschaft kein Referendum erforderlich sei.

Laut NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg haben beide Länder gute Chancen, dem Block "auf relativ schnellem Wege" beizutreten. Er sagte am Sonntag dem Fernsehsender CNN: "Natürlich müssen sie sich entscheiden, aber wenn sie den Antrag stellen, erwarte ich, dass sie von allen 30 Verbündeten sehr willkommen geheißen werden und dass wir Wege finden werden, sie relativ schnell in die Allianz aufzunehmen, wenn sie das wollen."

Unterdessen hat Russland Finnland und Schweden vor einer NATO-Mitgliedschaft gewarnt. Sergei Beljajew, Leiter der zweiten Europaabteilung des russischen Außenministeriums,

erklärte im März der Nachrichtenagentur Interfax:

"Es liegt auf der Hand, dass ein Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO, die in erster Linie eine militärische Organisation ist, schwerwiegende militärische und politische Folgen hätte, die uns dazu zwingen würden, das gesamte Spektrum der Beziehungen zu diesen Ländern zu überdenken und Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen." ...



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c2c15b480cc697a27cc2b.jpg>

15:15 de.rt.com: **Spanien weist 25 russische Diplomaten aus**

Nach Schweden weist nun auch Spanien mindestens 25 Mitarbeiter der russischen Botschaft aus. Wie Außenminister José Manuel Albares am Dienstag mitteilte, handele es sich bei den Betroffenen um Diplomaten und Personal. Der Schritt sei eine Reaktion auf die "schrecklichen Aktionen in der Ukraine", erklärte der Minister vor Journalisten. Die Betroffenen sollen zudem "eine Bedrohung für die Sicherheitsinteressen" Spaniens dargestellt haben, erklärte Albares.

Zuvor hatten bereits einige EU-Länder ähnliche Maßnahmen beschlossen. Italien wies am Dienstag 30 russische Diplomaten aus. Dänemark gab bekannt, dass man 15 russische Geheimdienstoffiziere zum Verlassen des Landes auffordern werde. Am Montag hatte Deutschland 40 russische Diplomaten zu unerwünschten Personen erklärt, und in Frankreich sollen rund 35 Diplomaten von einer Ausweisung betroffen sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c3bdbb480cc545a3f50fb.jpg>

16:20 (15:20) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine ergänzen ihre Reihen mit**

Flüchtlingen aus Lisitschansk und Sewerodonezk – Marotschko

Die Menschen sind gezwungen, die ukrainischen Kontrollpunkte auf den Feldern zu umgehen, um einer Mobilisierung in die Streitkräfte der Ukraine zu entgehen.

Der Oberstleutnant der Volksmiliz der LVR Andrej Marotschko sagte dem Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“, dass ukrainische Militante in der Nähe von Dnjepropetrowsk evakuierte Männer aus Bussen holen und unter Waffen zwingen.

"Riesige Warteschlangen am Checkpoint in Swatowo. Die Menschen umgehen die ukrainischen Checkpoints auf den Feldern und eflüchten in die LVR", sagte Marotschko.

Zuvor sagte er, dass das ukrainische Militär vor dem Rückzug die Ufere des Severskij Donez vollständig vermint habe.

15:35 de.rt.com: Kasachstan will Ausfuhr von Getreide und Mehl beschränken

Der Krieg in der Ukraine hat die Getreideexporte aus Russland und der Ukraine abrupt gestoppt. Auch für die kommenden Ernten könnte es düster werden. Nun plant offenbar auch Kasachstan vorübergehende Beschränkungen für Getreide- und Mehllieferungen.

Kasachstan erwägt vorübergehende Beschränkungen für die Ausfuhr von Getreide und Mehl, um den heimischen Lebensmittelmarkt zu schützen, erklärte Landwirtschaftsminister Jerbol Karaschukejew am Montag, ohne jedoch ein Datum zu nennen. Kasachstan ist einer der zehn größten Getreideexporteure der Welt und beliefert über 70 Länder.

"Die Frage der Verhängung von Beschränkungen sowohl für den Getreide- als auch für den Mehlexport wird derzeit geprüft", sagte Karaschukejew Reportern. Er fügte hinzu, dass die Maßnahme auf die Tatsache zurückzuführen sei, dass die lokalen Erzeuger "kein Getreide an die Mühlen verkaufen wollen". Karaschukejew erklärte:

"Russland hat ein Exportverbot für Getreide verhängt, wir kennen die Situation, wir haben sie unter Kontrolle. Unsere Getreidebilanz ist seit heute Morgen positiv, und sie wird positiv bleiben."

Und er ergänzte:

"Wir haben genug für den heimischen Markt. [...] Es wird immer noch etwas für den Export übrig bleiben, auf dem Niveau der durchschnittlichen jährlichen Mengen. Die Exporteure wollen nicht auf dem heimischen Markt verkaufen, sie warten auf einen Anstieg der Exportpreise, [...] Wenn wir uns die Börsenpreise ansehen, werden wir feststellen, dass sie von Tag zu Tag steigen."

Die Getreidepreise erreichten in letzter Zeit aufgrund von Versorgungsengpässen als Folge der Krise in der Ukraine Rekordhöhen. Auf Russland und die Ukraine entfallen rund 30 Prozent der weltweiten Weizenexporte. Analysten äußerten die Befürchtung, dass die derzeitige Situation zu einer ausgewachsenen globalen Nahrungsmittelkrise führen könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c350748fbef33ea1af2f1.jpg>

15:35 de.rt.com: **Russland und die Ukraine tauschen erneut Gefangene aus**

Die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa hat gegenüber RIA Nowosti bestätigt, dass zwischen Moskau und Kiew erneut ein Gefangenenaustausch stattgefunden hat. Ihr zufolge wurden dabei jeweils 86 Gefangene zurück an ihre Heimatländer übergeben.

15:55 de.rt.com: **Innerhalb ukrainischer Landesgrenzen: Bereits mehr als 7,1 Millionen Menschen auf der Flucht**

Die Anzahl Binnenvertriebener in der Ukraine ist erneut gestiegen. Wie die Organisation für Migration (IOM) am Dienstag auf Twitter mitteilte, seien im Zuge des Krieges bisher schätzungsweise 7,1 Millionen Menschen zur Flucht aus ihren Häusern gezwungen gewesen. Vor zwei Wochen hatte die IOM noch von rund 6,5 Millionen Menschen gesprochen.

"Menschen müssen wegen des Krieges noch immer ihre Häuser verlassen, und die Nachfrage an humanitärer Hilfe vor Ort steigt weiter stark an", sagte IOM-Generaldirektor António Vitorino am Dienstag in Genf.

16:56 (15:56 novorosinform.org: **Aufrufe zur Verstaatlichung russischer Vermögenswerte im Westen sind ein zweischneidiges Schwert - Putin**

Der russische Staatschef erinnerte daran, dass der Mechanismus zur Verstaatlichung von Vermögenswerten nicht nur europäischen Politikern zur Verfügung stehe.

Putin reagierte damit auf Aufrufe, Russlands Energieanlagen im Westen zu verstaatlichen, berichtet TASS.

Der Staatschef machte deutlich, dass westliche Politiker nicht in der Lage sein würden, ihre eigenen Fehler im wirtschaftlichen Bereich auf Moskau abzuwälzen und Probleme auf dessen Kosten zu lösen.

"Wir hören bereits Äußerungen von Beamten über die mögliche Verstaatlichung unseres Vermögens. Lasst niemanden vergessen, dass dies ein zweischneidiges Schwert ist", sagte Putin.

Er betonte, dass sich die Situation im Energiesektor weltweit aufgrund des unverantwortlichen Verhaltens westlicher Länder, antirussischer Sanktionen und des Drucks auf Gazprom verschlechtere.



https://novorosinform.org/content/images/24/29/42429_720x405.jpg

17:04 (16:04) novorosinform.org: **Russische Streitkräfte zerstörten die Basis ukrainischer Militanter im Gebäude einer Kramatorsker Schule**

Russland startete einen Raketenangriff und zerstörte die Basis ukrainischer Nationalisten, die sich in einer der geschlossenen Bildungseinrichtungen von Kramatorsk versteckten, berichtet Russkaja Wesna.

Das Gebäude der betroffenen Schule lag gegenüber der Polizeidirektion. In der

Bildungseinrichtung ließen sich die Kämpfer der ukrainischen "Territorialverteidigung" nieder.

Die ukrainischen Behörden schlossen diese Schule unmittelbar nach Beginn des Sondereinsatzes und übergaben die Räumlichkeiten dem Militär. Die Bewohner von Kramatorsk wussten, dass es das Hauptquartier der Militanten war.

Zuvor appellierte der Leiter der DVR, Denis Puschilin, an die Einwohner von Kramatorsk und Slawjansk, die Städte zu verlassen, da ukrainische Kämpfer sie wie in Mariupol als menschliche Schutzschilde benutzen würden.



https://novorosinform.org/content/images/24/30/42430_720x405.jpg

16:14 de.rt.com: **Neues Hinrichtungsvideo aus der Ukraine: Drei Täter sind namentlich bekannt**

Ein grausames Video zeigt die Ermordung von vier russischen Kriegsgefangenen durch ukrainische Nationalisten. Die Taten geschahen während des Abzugs der russischen Truppen aus der Region Kiew am 30. März. Drei der Täter sind inzwischen namentlich bekannt. Ukrainische Nationalisten schämen sich oft selbst abscheulichster Taten nicht. Hinrichtungen und Folter werden bis ins grausame Detail gefilmt und die Videos dann öffentlich verbreitet. Etwas Ähnliches kannte die Welt bislang nur vom "Islamischen Staat". Das erklärt auch die Häufung von derartigen Hinrichtungs- und Foltervideos, die derzeit aus der Ukraine kommen. Diese Art von Videos gab es auch schon auf dem "Euromaidan" 2013/2014 und in Zeiten danach, aber in Zeiten des Krieges erhöht sich das Aufkommen massiv.

Am Montag tauchte in den sozialen Netzwerken ein Video auf, das in seiner Grausamkeit so entsetzlich ist, dass es RT DE auch gekürzt und verpixelt nicht veröffentlichen wird, sondern hier nur beschreiben will.

Zu Beginn wird die Kamera auf einen auf einer Landstraße liegenden Uniformierten mit einer weißen Armbinde fokussiert. Der Körper, vermutlich männlich, liegt schon in einer Blutlache. Das Blut, frisch, kirschrot, hat sich schon in zwei Richtungen ausgebreitet, bereits mehrere Meter weit in die Richtung, in die die Kamera blicken lässt. Vor dem Körper liegt ein Helm, hinter ihm – mit dem Rücken zur Kamera – ein weiterer Körper, leblos, in einer Blutlache. Der vorn liegende Körper scheint keinen Kopf zu haben. Der Kopf ist vermutlich abgeknickt, irgendwo in der Tiefe der gelbgrünen Militärjacke verborgen. Doch der Körper lebt offenbar noch, er versucht, sich auf dem Arm mit der weißen Binde abzustützen, sich zu erheben. Man hört lautes Röcheln.

"Schau mal, er lebt noch, er röchelt schon",

spricht eine männliche Stimme im Hintergrund. Wieder hört man ein Röcheln, fast wie einem Schnarchen.

"Das war's, er röchelt schon."

Von rechts schiebt sich ein Gewehrlauf ins Bild, dann ein Schuss. Noch ein Schuss.

Der Körper zuckt und röchelt erneut laut auf. Die Kamera schwenkt weiter nach links, man sieht die Füße des Körpers. Gefesselt mit einem rosa Material. Oder war das Material einst weiß und hat Blut aufgesogen, das bis dorthin zu den Beinen geflossen war, ausgehend von dem, was einmal der Hals, der Kopf, der Rachen war?



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c26ceb480cc545a3f50e1.PNG>

Die Blutlache ist breit, sie nimmt fast ein Drittel des Bildes ein.

"Aber die Handschuhe sind gut",

sagt eine andere Stimme im Hintergrund.

Wieder ist Schnarchen, Röcheln, Krächzen zu vernehmen. Der Körper zuckt im Todeskampf. Noch ein Schuss, der Gewehrlauf springt kurz durch das Bild und verschwindet wieder oben rechts.

"Das war's, verdammt."

Stille. Die Kamera schwenkt nach links. Nun sieht man noch zwei Körper auf dem Asphalt, auf der Gegenfahrbahn. Der eine Körper liegt auf dem Bauch, mit dem Gesicht nach unten, von der Kamera abgewandt. Die Arme sind auf dem Rücken zusammengebunden.

Dunkelgrüne Uniform. Vom Gesicht aus breitet sich auch hier eine Blutlache aus, ergibt eine Pfütze von gut einem Meter Durchmesser. Das Blut ist weniger frisch, es trocknet, aber Tageslicht spiegelt sich noch darin.

Der dritte Körper liegt auf dem Rücken, mit dem Gesicht nach oben, den rechten Arm über den Kopf gestreckt. Als würde er schlafen. Doch er schläft nicht, er ist bereits tot. Unter ihm ebenfalls eine Blutlache. Auch die Uniform ist im Bereich des Bauches von Blut durchtränkt. Die Kamera schwenkt über beide Körper:

"Da sind sie, die Beschützerlein. Russische Armee",

sagt wieder die Stimme, die ganz am Anfang zu hören war.

Ein Motor heult auf. Wahrscheinlich der einer Motorsäge. Er verschluckt sich, heult wieder auf. Die Kamera schwenkt in die andere Richtung, man sieht etwas brennen und die Stimme hinter der Kamera bestätigt dies.

Die Kamera schwenkt runter und hoch auf ein bärtiges Gesicht, schwarze Augen, kaukasische Züge:



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c209f48fbef7917586c21.PNG>

"Ruhm der Ukraine!"

"Den Helden Ruhm!"

Schwenk nach links, im Fokus der Kamera ist nun ein gepanzerter Transporter. Links in der Mitte und am Heck links ist jeweils ein großes "V" mit weißer Farbe aufgemalt. Auf dem Transporter steht eine blaue Wasserkammer, noch voll. Die Stimme hinter der Kamera:

"Und das sind unsere Trophäen."

Wieder heult ein Motor auf, dieses Mal nicht abgewürgt. Die Kamera schwenkt über die Landstraße, die Bäume am Straßenrand, dahinter ein weites Feld. Verharrt für ein paar Momente bei diesem fast idyllischen Landschaftsbild. Schwenkt unsicher hin und her. Dann nach links, zurück zum Ort des blutigen Geschehens. Man sieht nun die vier leblosen Körper, links vom Straßenbelag hat sich eine frische Spur des Panzerwagens in die Erde gebrannt. Über den Leichen drei, vier, fünf, vielleicht sechs bewaffnete Figuren, Gewehrläufe nach unten. Der Motor heult, brummt, röchelt. Kameraschwenk über die gesamte Szenerie, noch ein Schwenk, wieder ein Schwenk: Brand im weiteren Straßenverlauf, grüner Panzerwagen mit dem aufgemalten weißen "V" und der Wassergalonne darauf, ein mannsgroßer Baumstumpf,

drei, vier, fünf Bewaffnete, vier Leichen auf dem Asphalt.

Einer der Bewaffneten hält in der linken Hand Handschuhe hoch. In der Rechten ein Smartphone. Trophäen?

"Sanja, Huch! Ruhm der Ukraine!"

"Sanja" läuft auf den Filmenden zu, tritt in die drei Meter lange Blutlache:

"Schau mal was ich bekommen habe."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c27a2b480cc545a3f50e4.PNG>

"Sanja" lacht.

Die Kamera schwenkt wieder zu den leblosen Körpern. Nun kann man das Gesicht desjenigen sehen, der vor zwei Minuten noch röchelnd mit dem Rücken zur Kamera lag. Kurzer Haarschnitt, helle Haut, spitze Nase. Jung. Am rechten Arm eine weiße Binde.

Jetzt löst sich ein weiterer Mann aus der Gruppe, geht auf die Kamera zu. Graugrüne Stoffmütze, kurzer grauer Bart, schmale Augen und schiefe Nase:

"Kommt nicht zu uns."

Schnitt. Ende.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624c291648fbef77a56c4856.PNG>

Was hier passierte, liest sich dann in der nüchternen Sprache der Beamten von der russischen Ermittlungsbehörde so:

"Im Internet wurde ein Video veröffentlicht, das die Tötung russischer Kriegsgefangener durch ukrainische Nationalisten zeigt. Auf dem Video ist auch die Erschießung eines sterbenden russischen Gefangenen zu sehen. Einem der Verstorbenen waren die Hände auf dem Rücken gefesselt, was darauf hindeutet, dass der Soldat nicht während eines Kampfeinsatzes, sondern bereits in Gefangenschaft starb. Das Video wurde in der Region Kiew gefilmt.

Infolge dieser kriminellen Handlungen haben die Soldaten der Ukrainischen Streitkräfte und anderer ukrainischer Militärverbände eklatant gegen die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen verstoßen.

Der Vorsitzende des Untersuchungskomitees der Russischen Föderation beauftragte die Ermittler des Untersuchungskomitees der Russischen Föderation mit der Einleitung eines Strafverfahrens zu diesem Sachverhalt, mit der Ermittlung des genauen Ortes und Zeitpunkts des oben erwähnten Videos, mit der Durchführung einer gründlichen und umfassenden Untersuchung der Umstände des Geschehens, mit der Aufzeichnung von Beweisen für die Verbrechen der ukrainischen Nationalisten und mit der Identifizierung der an dem Verbrechen Beteiligten."

Mittlerweile wissen die russischen Ermittler einige Details: Die Tat ereignete sich helllichten Tages am 30. März, noch während des Abzugs der russischen Truppen aus dem Großraum Kiew. Die Besatzungen von zwei gepanzerten Transportern der russischen Luftlandetruppen waren in einen Hinterhalt geraten. Getötet wurden einige der Besatzungen ganz im Stil der Islamisten vom IS: Durchschneiden der Kehle.

Inzwischen sind die drei Täter, die ihr Gesicht im Video gezeigt haben, auch namentlich [identifiziert](#). Es handelt sich (in der Reihenfolge ihres "Auftritts" im Video) um den Kämpfer der "Georgischen Legion" Teimuras Chisanschwili, den Kiewer Aleksei Antonjuk ("Sanja") und einen Aleksei Kuzirin.

Beobachter erschauern und stehen vor zwei Fragen: Werden die Täter je der verdienten Strafe zugeführt? Und... würden diese drei auch nur eine Sekunde zögern, auf Zivilisten zu schießen, wenn sie weiße Armbänder tragen?



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c32c6b480cc55d90afbc8.PNG>

17:20 (16:20) novorosinform.org: **Ukrainische Nazibataillone nutzten das Gebäude der Handelsfachschule von Mariupol als Schießstand**

Vor einigen Tagen kam es auf dem Territorium der Bildungseinrichtung zu Kämpfen, bei denen das Gebäude fast vollständig zerstört wurde.

In einem [Sonderbericht](#) des Informationszentrums der Union der Freiwilligen des Donbass können Sie sehen, was nach schweren Kämpfen von dem Gebäude übrig geblieben ist. In Friedenszeiten wird die Infrastruktur wiederhergestellt, und jetzt verstecken sich hier die obdachlosen Bewohner der Stadt.

Zuvor zerstörten die russischen Streitkräfte eine [Basis](#) ukrainischer Nationalisten, die sich in einer der Bildungseinrichtungen von Kramatorsk versteckten.



https://novorosinform.org/content/images/24/31/42431_720x405.jpg

16:30 de.rt.com: **EU-Kommission weitert Sanktionen gegen Russland stark aus**

Wie dpa meldet, hat die EU wegen des Kriegs in der Ukraine bereits vier Sanktionspakete gegen Russland beschlossen, ohne dass dies eine Wirkung auf die russische Politik gehabt hätte. Deshalb legt die Brüsseler EU-Kommission nun einen Vorschlag für ein fünftes Paket vor – ein Kernbereich ist dabei Kohle.

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für ein umfangreiches Paket mit neuen Russland-Sanktionen vorgestellt. Es beinhaltet nach Angaben von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unter anderem ein Importverbot für Kohle aus Russland, eine Hafensperre für russische Schiffe sowie weitere Handelsbeschränkungen. Ob die Sanktionen wie vorgeschlagen verhängt werden, müssen nun die 27 EU-Staaten entscheiden.

Als Grund für die weitreichenden Vorschläge nannte von der Leyen am Dienstag explizit die am Wochenende bekannt gewordenen Gewalttaten im ukrainischen Botschafterviertel, für die sie – ohne jegliche Belege – Russland verantwortlich machte: "Diese Gräueltaten dürfen und werden nicht ohne Folgen bleiben", sagte die deutsche Politikerin. Angeblich führe Russland nicht nur gegen die "tapfere ukrainische Armee einen grausamen Krieg", sondern auch gegen die Zivilbevölkerung. Dafür blieb von der Leyen indes ebenfalls jeden Beweis schuldig.

Der Druck auf Moskau müsse dennoch erhöht werden, heißt es. Die Sanktionen müssten noch umfassender und schärfer werden, damit sie die russische Wirtschaft noch stärker trafen. Dazu beitragen soll das Importverbot für Kohle. Von der Leyen zufolge importiert die EU jährlich russische Kohle im Wert von vier Milliarden Euro. Sie ließ am Dienstag jedoch offen, ab wann das Verbot gelten könnte.

Ebenso Teil des Kommissionsvorschlags ist nach Angaben von der Leyens ein vollständiges Transaktionsverbot für vier entscheidende russische Banken, unter ihnen die zweitgrößte Bank des Landes VTB. Die vier Institute machten 23 Prozent des Marktanteils im russischen Bankensektor aus. Auch soll russischen Schiffen sowie von Russland betriebenen Schiffen das Einlaufen in EU-Häfen verboten werden. Ausnahmen soll es etwa für die Lieferung von Lebensmitteln, humanitäre Hilfe und Energie geben.

Um die russische Wirtschaft zusätzlich zu schwächen, soll es weitere Beschränkungen für den Handel mit Russland im Umfang von rund zehn Milliarden Euro geben. Dazu gehören von der Leyen zufolge etwa Quantencomputer und Transportmittel. Produkte wie Holz, Zement und Meeresfrüchte im Wert von 5,5 Milliarden Euro sollen außerdem nicht mehr in die EU importiert werden. Russische Unternehmen dürfen dem Vorschlag zufolge außerdem nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen in den EU-Staaten teilnehmen. Hinzu kommt, dass weitere Personen aus dem Umfeld von Putin auf die Sanktionsliste gesetzt werden sollen. Das bedeutet, dass sie nicht mehr in die EU einreisen dürften und etwaige Vermögen in der EU eingefroren würden.

In einer weiteren Sanktionsrunde könnten nach Angaben von der Leyens auch Ölimporte aus Russland eingeschränkt oder ganz verboten werden.

Laut Medienberichten sind zudem ein Verbot für russische und belarussische LKW-Speditionsunternehmen sowie ein Verbot jeglicher finanzieller Unterstützung für russische öffentliche Einrichtungen geplant.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c4d6848fbef324c0d15b8.jpg>

16:55 de.rt.com: **Auch Lettland und Estland weisen russische Diplomaten aus – Moskau kündigt Gegenmaßnahmen an**

Die Ausweisungen russischer Diplomaten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg gehen im Westen weiter. Nach der Ankündigung am Vortag, die diplomatischen Beziehungen mit Russland zurückzufahren, gab der lettische Außenminister Edgars Rinkēvičs am Dienstag via Twitter bekannt, dass 13 russische Diplomaten des Landes verwiesen würden. Zudem sollen die russischen Generalkonsulate in Liepāja und Daugavpils schließen.

Das estnische Außenministerium wiederum kündigte die Schließung des russischen Generalkonsulats in Narva und der Kanzlei der Konsularabteilung in Tartu an. Außerdem erklärte Estland 14 Mitarbeiter der russischen diplomatischen Vertretungen zu Personae non gratae.

Darüber hinaus stellte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell die Ausweisung mehrerer Mitglieder der Ständigen Vertretung Russlands bei der EU in Aussicht.

Als Reaktion auf die Ausweisungen und Konsularschließungen kündigte das russische Außenministerium unterdessen Gegenmaßnahmen an.

18:11 (17:11) novorosinform.org: **Leiter ukrainischer Bergwerke haben heimlich versucht, sich mit Wissenschaftlern der DVR in Verbindung zu setzen**

Die Ukraine verbot jeden Kontakt mit Vertretern der Volksrepublik Donezk, auch wenn es um die Sicherheit der ukrainischen Bergleute ging.

Auf dem von der Ukraine besetzten Territorium des Donbass versuchten Betriebsleiter, um die Sicherheit der Schächte zu gewährleisten, heimlich die Wissenschaftler von Makejewka für Konsultationen zu kontaktieren. Alexander Brjuchanow, Direktor des Makejewka-Forschungsinstituts für Sicherheit im Bergbau, teilte dies dem Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“ mit. Ihm zufolge geschah dies in den Jahren 2014-2015.

„Offiziell war es ihnen verboten, sich hier zu melden, aber irgendwie fanden sie eine Möglichkeit. Wir konnten offiziell keine Dokumente ausstellen. Alles, was von unseren Institutionen kam, wurde ihnen verboten“, sagte Brjuchanow.

Er stellte fest, dass es zumindest nicht klug sei, eine Art Verbot einzuführen, wenn es um das Leben von Bergleuten gehe.



https://novorosinform.org/content/images/24/34/42434_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 5. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben die Montage von Funkausrüstung zur Inbetriebnahme des 3G-Netzes in Wolnowacha und Jalta abgeschlossen, sie haben die Ausrüstung für die Inbetriebnahme einer Basisstation in Nowotroizkoje vorbereitet und Telekommunikationsausrüstung in Wolodarskoje montiert.

In Wolodarskoje und Mangusch wurden **organisatorische Arbeiten zur Öffnung von Postfilialen** durchgeführt. In Nikolajewka wurde das Gebäude der Postfiliale repariert. In Wolnowacha, Wolodarskoje und Mangusch wurden Arbeiten zum Anschluss von Festnetztelefonen und für Faseroptikkabel bei den territorialen Organen des Zivilschutzministeriums des DVR und des Innenministeriums der DVR, wo 25 Stellen angeschlossen wurden.

Spezialisten des Gesundheitsministeriums der DVR empfangen in den befreiten Gebieten weiter Bürger.

In Talakowka, Winogradnoje und Sarja wurden die Ambulatorien mit zusätzlichem Personal ausgestattet. In Wolnowacha wurde in Gesundheitseinrichtungen ein Generator angeschlossen und die Wasserversorgung organisiert, dort leisten Ärzte der Bevölkerung Beratung und medizinische Behandlung, darunter auch bei Verletzungen und im Bereich der Chirurgie. Es werden weiter Wohngebiete abgegangen, um der Bevölkerung medizinische Hilfe zu leisten. Das **Verkehrsministerium der DVR** hat 6 weitere Busse zur Evakuierung der Bevölkerung aus den befreiten Territorien zur Verfügung gestellt. Außerdem haben Spezialisten Reparaturen am Straßenabschnitt Oktjabrj – Pischtschewik erledigt und Löcher und Gräben an der Straße S051232 Mariupol – Markino beseitigt. In Starolaspa wurde die örtliche Verwaltung des Telmanowo-Bezirks der DVR bei der Reparatur einer Brücke unterstützt. Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben an der Strecke Wolnowacha – Karan 25 Meter Schienen und 300 Meter Oberleitung ausgetauscht, Weichenübergänge wurden repariert, Ausrüstung am wieder installierten Transformator installiert, der Transformator des Zugumspannwerks mit Öl versehen. Außerdem wurde am Bahnhof Weliko-Anadol die Isolierung des Gebäudes der Signal- und Kommunikationsabteilung wiederaufgebaut. **Spezialisten des Zivilschutzministeriums der DVR** haben auf den befreiten Territorien 10,6 Hektar untersucht. 262 explosive Objekte wurden entschärft. Es wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
 - die sich vor Ort schlecht orientieren;
 - die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
 - die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
 - sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
 - die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
 - die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
- Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:35 de.rt.com: **BMWK: Genehmigte Rüstungsexporte an die Ukraine im 1. Quartal bei 186 Millionen Euro**

Die Bundesregierung hat für die Selbstverteidigung der Ukraine im ersten Quartal des laufenden Jahres Rüstungsexporte im Wert von 186 Millionen Euro genehmigt. Insgesamt hat Deutschland von Januar bis März Einzelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern im Wert von 2,88 Milliarden erteilt, nach 981 Millionen Euro im Vergleichszeitraum des Vorjahrs, wie das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) mitteilte. Mit 1,8 Milliarden Euro gingen dabei fast zwei Drittel der genehmigten Güter an die Niederlande – für ein großvolumiges und auf mehrere Jahre angelegtes Beschaffungsvorhaben.

18:41 (17:41) novorosinform.org: **Die Tschechische Republik kündigte die Entsendung eines Zuges mit schwerer gepanzerter Fahrzeuge in die Ukraine an**

Der Vorsitzende des tschechischen parlamentarischen Ausschusses für europäische Angelegenheiten, Ondrej Benesik, kündigte die Lieferung von Schützenpanzern und T-72-Panzern an die Ukraine an.

Benesik sagte, die tschechische Verteidigungsministerin Yana Chernokhova verdiene Lob für die Entscheidung, gepanzerte Fahrzeuge nach Kiew zu schicken.

"Das ist es, was die hart kämpfende ukrainische Armee jetzt wirklich braucht. Ich glaube, dass es möglich sein wird, diese Lieferungen fortzusetzen", sagte Beneschik im sozialen Netzwerk. Tschernochow wiederum bestätigte die Lieferung von Panzern und Schützenpanzern nicht. Sie merkte an, dass die Tschechische Republik nur „grundlegendes militärisches Material“ in die Ukraine schicke.

Gleichzeitig berichtete auch das tschechische Fernsehen über die Lieferung von Panzern und gab an, dass Prag nicht modernisierte T-72 älteren Typs nach Kiew schickte, worauf sich die Verbündeten innerhalb der NATO einigten.



https://novorosinform.org/content/images/24/36/42436_720x405.jpg

abends:

18:00 de.rt.com: **US-Generalstab: Konflikt zwischen Großmächten wird immer wahrscheinlicher**

Der Vorsitzende des US-Generalstabs, Mark Milley, hat erklärt, dass ein größerer Konflikt zwischen den Großmächten immer wahrscheinlicher wird. Bei einer Haushaltsanhörung des US-Repräsentantenhauses sagte er:

"Wir treten in eine Welt ein, die immer instabiler wird, und die Wahrscheinlichkeit eines bedeutenden internationalen Konflikts zwischen den Großmächten nimmt eher zu als ab." Er bezeichnete China und Russland als "globale Mächte", die beide über beträchtliche militärische Kapazitäten verfügten und danach strebten, die bestehende Weltordnung grundlegend zu verändern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c5561b480cc1c0d18f00b.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 5.4.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurde **ein Zivilist verletzt**. 15 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden

an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 79 ukrainische Nationalisten, 6 Feuerstellungen, darunter 2 für 120mm-Mörser, 2 Panzer und 4 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Panzer, 2 Schützenpanzer und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

Das Kiewer Regime ist darüber besorgt, dass die Kriegsverbrechen der Nationalisten von „Asow“ in Mariupol, darunter Erschießungen und Misshandlungen friedlicher Einwohner sowie brutale Folter von Kriegsgefangenen, bekannt wurden.

Im Zusammenhang damit haben die ukrainischen **Kämpfer aus Kiew den Befehl erhalten, vor dem Verlassen von Mariupol alle möglichen Zeugen zu vernichten**, die von den Verbrechen der ukrainischen Strafsoldaten Zeugnis ablegen könnten.

Wann es dann keine Zeugen gibt, sieht das Kiewer Regime vor, die Verantwortung für den Tod friedlicher Einwohner durch Nationalisten von „Asow“ auf die Soldaten, die an der militärischen Spezialoperation beteiligt sind, abzuwälzen.

Ich erklärte meinerseits offiziell, dass die Einheiten der russischen Truppen und die Soldaten der Donezker Volksrepublik nur zielgerichtetes Feuer auf Positionen ukrainischer Kämpfer führen.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben, 22 wurden verletzt.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbeispiel für zukünftige Generationen sein werden.

Am 9. März 2022 trat eine Sturmgruppe unter dem Kommando des Kommandeurs der 2. Gruppe des 1. Flammenwerferzugs einer Flammenwerferkompanie der 5. Brigade, Oberfeldwebel Alexandr Alexandrowitsch Komarow, während des Sturms auf Positionen von Nationalisten, die in einem Wohngebiet von Mariupol stationiert waren, in den Kampf mit den überlegenen Kräften des Gegners. Trotz des konzentrierten Feuers konnte die Sturmgruppe dank der fachkundigen Leitung des Feldwebel Komarow zwischen den Feuerstellungen des Gegners eindringen, ein Munitionslager der Nationalisten vernichten und danach günstige Positionen einnehmen. Die Soldaten vernichteten 3 Feuerstellungen des Gegners, was es unseren Truppen erlaubte, an neue Linien vorzudringen und erfolgreich die Kampfaufgabe durchzuführen, den Gegner zu zerschlagen und das vorgesehene Gebiet zu befreien.

18:31 de.rt.com: **EU will wegen angeblicher Rechtsstaatsverstöße gegen Ungarn vorgehen**

Nur einen Tag nach dem Wahlsieg der regierenden ungarischen Partei des Ministerpräsidenten Viktor Orbán will die Europäische Union im Streit um angebliche Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit einen neuen Schritt gegen das osteuropäische Land einleiten.

Ungarn muss sich als erstes Land einem Verfahren zur Kürzung von EU-Mitteln wegen möglicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit stellen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte am Dienstag im Straßburger Europaparlament an, dass ihre Behörde den ersten Schritt des sogenannten Rechtsstaatsmechanismus unternehmen werde. Darüber habe die EU-Kommission die ungarischen Behörden am Dienstag informiert.

"Bei Ungarn, wir haben uns sehr klar ausgedrückt, ist das Problem Korruption", sagte von der Leyen. Man sei derzeit nicht in der Lage, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Im Parlament erntete von der Leyen für ihre Ankündigung Applaus.

Damit Ungarn tatsächlich EU-Mittel gekürzt werden, bedarf es im letzten Schritt noch der Zustimmung von mindestens 15 der EU-Staaten mit 65 Prozent der EU-Bevölkerung. Vorher hat Budapest mehrfach die Möglichkeit, sich zu den Vorwürfen zu äußern.

Der sogenannte EU-Rechtsstaatsmechanismus ist seit Anfang 2021 in Kraft. Er soll dafür sorgen, dass Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien wie die Gewaltenteilung nicht mehr ungestraft bleiben, wenn dadurch ein Missbrauch von EU-Geldern droht.

Polen und Ungarn sahen sich besonders im Fokus des Instruments und klagten deshalb dagegen vor dem Europäischen Gerichtshof. Dieser wies die Klagen im Februar jedoch ab. Beide Staaten bekommen jährlich Milliarden aus dem Gemeinschaftsbudget.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán dürfte sich in seinem Kurs allerdings bestärkt fühlen. Seine nationalkonservative Partei Fidesz gewann die Parlamentswahl am Sonntag deutlich. Sie kam auf 53 Prozent der Stimmen und sicherte sich damit das vierte Mal in Folge eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Das Europaparlament macht schon seit Langem Druck auf die EU-Kommission, den Rechtsstaatsmechanismus auszulösen. Die Behörde betonte jedoch stets, auf das EuGH-Urteil warten zu wollen. Dadurch sei kein Fall verloren gegangen, sagte von der Leyen auch am Dienstag. Das Parlament verklagte die EU-Kommission wegen ihrer Zögerlichkeit sogar vor dem EuGH – das Verfahren läuft noch.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c53d948fbef30eb4bd81c.jpg>

19:30 de.rt.com: **Slowenien weist 33 russische Diplomaten aus**

Slowenien hat 33 russische Diplomaten zu "Personae non gratae" erklärt.

Zuvor hatte Italien die Ausweisung von 30 Russen angekündigt, Dänemark von 15 und Deutschland von 40. Paris plant ebenfalls, etwa 30 Personen nach Moskau zurückzuschicken. Zuvor hatten Litauen und Lettland die diplomatischen Beziehungen zu Russland herabgestuft. Einige russische Diplomaten wurden der Spionage verdächtigt. Zudem wurden ihnen Aktivitäten vorgeworfen, die mit dem Diplomatenstatus unvereinbar sind. Andere wurden aufgrund der Situation in der Ukraine ausgewiesen, wo Russland derzeit eine Militäroperation durchführt.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, sagte, Moskau werde "entsprechend reagieren".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c62c2b480cc1668607262.jpg>

21:05 de.rt.com: **National Gallery in London benennt zu "russisches" Gemälde um**

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges hat die National Gallery in London das Gemälde "Russische Tänzerinnen" des französischen Malers und Bildhauers Edgar Degas umbenannt. Auf der Webseite des Museums heißt sein Kunstwerk nun neuerdings "Ukrainische Tänzerinnen".

Die britische National Gallery in London hat ein Pastellbild von Edgar Degas aus den 1890er Jahren kurzerhand umbenannt. Seit letzter Woche heißt das Kunstwerk nicht mehr "Russische Tänzerinnen", sondern "Ukrainische Tänzerinnen". Auf dem Bild sind tanzende Frauen in langen Röcken und weißen Hemden zu sehen. In ihren Haaren tragen sie neben Blütenschmuck anscheinend auch Haarbänder – in den Nationalfarben der Ukraine, gelb und blau.

Ein Sprecher der National Gallery begründete gegenüber dem Guardian, der Name des Gemäldes sei seit vielen Jahren ein ständiger Diskussionspunkt gewesen und werde auch in der kunsthistorischen Literatur behandelt. Aufgrund der aktuellen Situation sei es im vergangenen Monat verstärkt in den Fokus gerückt. "Daher hielten wir es für einen geeigneten Zeitpunkt, den Namen zu aktualisieren, um das Thema des Gemäldes besser widerzuspiegeln", erklärte er. Die Tänzerinnen "sind mit ziemlicher Sicherheit eher Ukrainerinnen als Russinnen", lautet nun die Beschreibung auf der Webseite der Galerie. Die Zeitung zitierte außerdem Olesja Chromejtschuk, Historikerin und Direktorin des Ukrainischen Instituts in London. Sie beklagte, dass die Ausstellungskuratoren in Großbritannien viele Jahre lang "kein Problem damit hatten, jüdische, weißrussische oder ukrainische Kunst und Künstler als russisch darzustellen".

Die Kampagne zur Umbenennung wurde von der ukrainischen Künstlerin und Aktivistin Mariam Naiem angeführt. Auf Facebook schrieb sie, sich an mehrere westliche Kunstmuseen gewandt und um Änderungen gebeten zu haben. Den Schritt der National Gallery bezeichnete sie als einen ersten "Mikro-Sieg".

Michail Schwydkoi, Russlands Beauftragter für internationale Kulturpolitik, reagierte scharf. Ihm zufolge sei der Schritt ein Beispiel für "politischen Kretinismus". Er fügte hinzu, dass der Vorfall als Verletzung der Urheberrechte eines Künstlers und als Beweis für Kurzsichtigkeit angesehen werden könne.

Zuvor hatte die italienische Universität Mailand-Bicocca angekündigt, einen Kurs über den Schriftsteller Fjodor Dostojewski aufzukündigen und sich stattdessen nunmehr auf ukrainische Autoren zu konzentrieren. Die Nachricht löste eine heftige Gegenreaktion aus, die Entscheidung wurde daraufhin rückgängig gemacht. Das Cardiff Philharmonic Orchestra strich sämtliche Stücke von Pjotr Tschaikowski aus seinem Konzertprogramm, weil das Orchester diesen weltberühmten russischen Komponisten des 19. Jahrhunderts für

"problematisch" halte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624c34dd48fbef4af41c3ccc.jpg>